

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

1·24

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Die italienische Regierung hat sich drei große Reformen vorgenommen: Die Trennung der Laufbahnen von Richtern und Staatsanwälten, die Direktwahl des Ministerpräsidenten und eine Stärkung der Rechte der Regionen. Für den deutschen Betrachter hat die beabsichtigte Trennung der Laufbahnen nichts Überraschendes. In Deutschland sind die Berufsbilder seit jeher getrennt, der deutsche Staatsanwalt ist im Gegensatz zum italienischen sogar vom Justizminister weisungsabhängig - ein Umstand, der u.a. die von deutschen Staatsanwälten unterzeichneten europäischen Haftbefehle in Italien angreifbar macht. Bei den anderen beiden Reformen fragt sich der ausländische Beobachter, ob sie sich nicht widersprechen; den Zentralstaat durch die Direktwahl der obersten Exekutive zu stärken und zugleich durch Abgabe von Kompetenzen an die Regionen zu schwächen. Semantisch wird aber in jedem Fall der neue Begriff gefallen, der für die Stärkung der Regionen in aller Munde ist: *Autonomia differenziata*.

*Il Governo italiano ha avviato tre significative riforme: la separazione delle carriere dei giudici e dei pubblici ministeri, l'elezione diretta del Primo Ministro e il rafforzamento dei diritti delle Regioni. Per l'osservatore tedesco, la prevista separazione delle carriere non è sorprendente. In Germania, le figure sono sempre state separate e, a differenza dell'Italia, il pubblico ministero tedesco dipende addirittura dal Ministro della Giustizia - una circostanza che, tra l'altro, rende vulnerabili i mandati di arresto europei firmati dai pubblici ministeri tedeschi in Italia. L'osservatore straniero si chiede se le altre due riforme non siano contraddittorie: rafforzare lo Stato centrale eleggendo direttamente il capo dell'esecutivo e allo stesso tempo indebolirlo trasferendo delle competenze alle Regioni. In ogni caso, ai semantici piacerà il nuovo termine che è sulla bocca di tutti per il rafforzamento delle regioni: *Autonomia differenziata*.*

Aus dem Inhalt - All'interno

Neues aus Deutschland: Catcalling bald strafbar	2
Ultime dall'Italia: Psicotest per giudici	3
Arbeitsrecht: Akkurate Faltechnik	4
Ultime dall'Europa: Finisce il contante	5
Informationen für Kollegen: Grenzen der Beleidigung	6
Informationen per colleghi: Avvocato senza esame	7
Immobilienseite: Rücktritt vom Vorvertrag	8
Pagina Immobiliare: Tassazione del superbonus alla rivendita	9
Gesellschaftsrecht: Haftungsklage GmbH gegen Geschäftsführer	10
Distribuzione: Scarso impegno dell'agente	11
Verbraucherrecht: Kreditkarte forever	12
Consumatori: Non risponde nessuno per Wirecard	13
Zivilprozess: Keine Mediation bei Widerklage	14
Diritto processuale: L'amministratore testimonia per la società	15
Neverending Dieselgate	16



Bild, das keinen Beweis bedarf:
Real existierende Stadt im Nordosten Italiens

Pur non essendo dimostrata,
considerata vera: una città del
nordest italiano

(Interkulturelles/Interculturale,
pag.2/3)

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Auswirkungen des Gaza-Krieges

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat in einem Eilverfahren, das die Republik Südafrika angestrengt hat, am 24.05.2024 angeordnet, dass Israel seine Offensive im Gebiet von Rafah einstellen und alle anderen Aktionen unterlassen müsse, die zur Verschlechterung der Lage für die Zivilbevölkerung führen. Der IGH ist im deutsch-italienischen Verhältnis für die Fragen der Einstufung der barbarischen Handlungen während der Nazizeit in Italien von Bedeutung, insbesondere ob die Bundesrepublik ihre Staatenimmunität gegenüber dem Einzelklagen von Geschädigten und Hinterbliebenen einwenden kann.

Zu dem Eilverfahren gegen Israel können wir mangels Kompetenz und Sachkenntnis absolut nichts beitragen. Wir leben aber größtenteils in Deutschland und sind uns der Verantwortung, die Deutschland aufgrund des dunkelsten Kapitels seiner Geschichte trägt, bewusst. Insofern scheint es uns einfach nicht hinnehmbar, wenn Menschen jüdischen Glaubens heute in Deutschland wieder angegriffen

werden - auch wenn die Kritik am Verhalten der israelischen Regierung (und das zeigt auch die Verurteilung durch den IGH) zumindest nachvollziehbar scheint. Wir hoffen sehr, dass die öffentliche Meinung differenzieren lernt und dass unsere jüdischen Mitbürger hier wieder angstfrei leben können.

Catcalling bald strafbar?

In jedem zweiten italienischen Film aus dem vorherigen Jahrhundert findet sich eine Szene, in der eine attraktive Frau die Straße runterläuft und ein Bauarbeiter oder Busfahrer ihr hinterher pfeift. Zuweilen geschieht sowas auch in Deutschland und nennt sich neusprachlich „Catcalling“.

Nach einem Vorstoß von Niedersachsens Justizministerin Kathrin Wahlmann soll in Zukunft das Hinterherpfeifen aber auch jegliche andere Art von anzüglicher Kommunikation unter Strafe gestellt werden. Nach geltender Rechtslage werden nur körperliche sexuelle Belästigungen bestraft, nicht nur rein verbale (Quelle: LTO vom 12.02.2024)

NEUES AUS ITALIEN

Psychotest für Richter

Der Minnesota Multiphasic Personality Inventory (MMPI, Deutsch: Multiphasisches Persönlichkeitsinventar Minnesota) ist einer der weltweit am häufigsten verwendeten Persönlichkeitstests in der klinischen Psychologie und Psychiatrie. Er dient als Hilfsmittel bei der Untersuchung der Persönlichkeitsstruktur, insbesondere bei psychischen Störungen (Wikipedia).

Ein entsprechender Test soll nach Willen der italienischen Regierung, die den Minnesotatest als Vorbild benennt, ab 2026 bei allen Richteranwärtern durchgeführt werden. Form und Inhalt des Tests wird von dem obersten Richterausschuss (Consiglio super-

iore della Magistratura) in Zusammenarbeit mit Hochschullehrern aus der Psychologie bestimmt. Wer den Psychotest nicht übersteht, kann ihn viermal wiederholen; ohne bestandenen Test kann die Richteraufbahn nicht eingeschlagen werden.

Der Präsident des nationalen Richterbundes, Giuseppe Santalucia, hat das Vorhaben schon als „Propaganda“ kritisiert. Es gebe jetzt schon eine Gesundheitsaufsicht über Richter und es sei zu befürchten, dass er dazu diene, unbequeme Persönlichkeiten auszusortieren (il modo di essere, l'espressione di una personalità che non piace). (Quelle: Repubblica vom 3-04.2024)

ERBRECHT

Schatzi bekommt alles

Ein Kneipenwirt aus Ostfriesland wollte sein Testament machen. Er nahm sich seinen kleinen Block vor, auf dem er die Bestellungen der Kunden schrieb, riss ein Blatt heraus und schrieb drauf „Mein Testament: Schatzi bekommt alles“, unterzeichnete es und legte es in die Schublade.

Nach seinem Ableben namens es Schatzi aus der Schublade und bat um einen Erbschein. Da Schatzi als Person ohne weiteres zu identifizieren war, das Testament in aller Kürze verfasst, aber vollständig handschriftlich unterzeichnet war, wurde sie als Alleinerbin anerkannt (Oberlandesgericht Oldenburg, Beschl. v. 20.12.2023, Az. 3 W 96/23).

Die Formvorschriften für ein eigenhändiges Testament sind in Deutschland und in Italien in etwa gleich. Da die Italiener grundsätzlich formverliebter sind als die Deutschen, ist aber zumindest fraglich, ob ein italienisches Gericht auch so entschieden hätte.

NEUES AUS DOLCE · LAUDA

YouTube Kanal zum Rechtsvergleich am Ort

In Zusammenarbeit mit DIR e.V., den deutsch-italienischen Rechtswissenschaftlern, die in Florenz und Köln studieren, haben wir ein Projekt gestartet:

Aus den Gesprächen zwischen erfahrenen Praktikern und motivierten jungen Studenten sollen unter Einbeziehung der historischen Schauplätze Filme produziert und in Youtube gestellt werden. Im ersten Film, der in Frankfurt am Main entstanden ist, werden die jeweils ersten Artikel der beiden Verfassungen verglichen und die hierfür relevanten Orte besucht (www.youtube.com/channel/UC8XSGyWtJeYsM6bEi8NpkJA oder QR-Code)

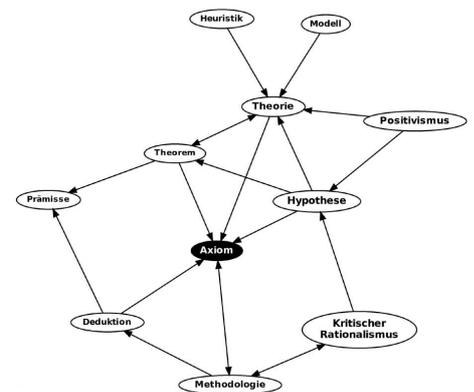


Interkulturelles

Nichtexistenz von Bielefeld nicht bewiesen

In Deutschland gibt es eine Stadt – Bielefeld – die laut einem Wikipedia Eintrag 340.000 Einwohner haben soll, aber in Italien weitgehend unbekannt ist. Auch in Deutschland haben nicht alle von ihr gehört, sodass sehr viele behaupten, die Stadt sei nur erfunden und nicht existent. Zudem liegt sie in unmittelbarer Nähe zum Teutoburger Wald, wo vor ca. 2000 Jahren römische Legionen plötzlich verschwunden sind. Auch hier wird die Schlacht im Teutoburger Wald als historische Tatsache bezweifelt.

Die Stadt Bielefeld scheint aber – ihre Existenz vorausgesetzt – nicht über viele Attraktionen zu verfügen, da ihre Marketingabteilung 2019 ihre angebliche Nichtexistenz als Grundpfeiler ihrer Städtewerbung einsetzte. Ihre Marketingabteilung hatte 1.000.000 Euro Preisgeld auslobt: wer beweisen könne, dass es Bielefeld wirklich nicht gibt, sollte die Million gewinnen.



Schon im August 2019 forderte ein Mann das Preisgeld ein und verklagte daraufhin die nicht zahlungswillige Stadt; er begründete die Nichtexistenz mit einem sogenannten Axiom, einer theoretisch abstrakten grundlegenden Aussage, die ohne Beweis gültig ist.

Das Landgericht Bielefeld wies die Klage ab (Urt. v. 26.09.2023, Az. 1 O 181/22). Es sei nach der Veröffentlichung aller zum Wettbewerb erfolgten Texte des Stadtmarketings und auch der Teilnahmebedingungen deutlich gewesen, dass es sich um einen Scherz gehandelt habe. Aus den Gründen: „Der erforderliche Erfolg wäre, nach dem objektiven Empfängerhorizont nur der offensichtlich unmögliche empirische Beweis der Nichtexistenz Bielefelds gewesen. Der axiomatische Beweis innerhalb eines axiomatischen Systems war nicht erfasst.“

Ob die Entscheidung rechtskräftig ist, d. h. ob Berufung eingelegt worden ist, ist nicht bekannt. Bislang kostete der Rechtsstreit dem Philosophen ca. 8500 Euro Gerichts- und Anwaltskosten.

Wir bitten unsere Leser, uns mitzuteilen, ob es eine entsprechende existierende nicht-existierende Stadt in Italien gibt. Umgangssprachlich lässt sich beispielsweise ein Vergleich zwischen Canicatti in Sizilien mit Buxtehude in Niedersachsen ziehen. Der Volksmund bezeichnet beides als Städte, die irgendwo, aber jedenfalls weit weg liegen.

ULTIME DALLA GERMANIA

Effetti della guerra di Gaza

In un procedimento sommario intentato dalla Repubblica del Sudafrica, il 24 maggio 2020 la Corte Internazionale di Giustizia (CIG) ha ordinato a Israele di cessare l'offensiva nell'area di Rafah e di astenersi da qualsiasi altra azione che comporti un deterioramento della situazione per la popolazione civile. Nelle relazioni italo-tedesche, la Corte internazionale di giustizia è importante per le questioni relative alla categorizzazione degli atti di barbarie compiuti durante il periodo nazista in Italia, in particolare per stabilire se la Repubblica federale di Germania possa eccepire la propria immunità statale contro le richieste individuali delle vittime e dei superstiti.

Non possiamo contribuire in alcun modo ai procedimenti sommari contro Israele a causa della nostra mancanza di competenza e di esperienza. Tuttavia, la maggior parte di noi vive in Germania ed è consapevole della responsabilità che la Germania porta con sé a causa del capitolo più oscuro della sua storia. In questo senso, ci sembra semplicemente inac-

cettabile che persone di fede ebraica vengano oggi nuovamente attaccate in Germania - anche se le critiche al comportamento del governo israeliano (come dimostra anche la condanna da parte della Corte Internazionale di Giustizia) sembrano almeno comprensibili. Speriamo vivamente che l'opinione pubblica impari a distinguere e che i nostri concittadini ebrei possano tornare a vivere qui senza paura.

Il catcalling diventerà presto un reato?

In un film italiano su due del secolo scorso si trova una scena in cui una donna cammina per strada e un operaio o un autista di autobus le fischia dietro. A volte questo accade anche in Germania e viene chiamato "catcalling".

Secondo una proposta del ministro della Giustizia della Bassa Sassonia, Kathrin Wahlmann, in futuro sarà punito il fischio molesto e qualsiasi altra forma di comunicazione impertinente. Nella situazione legale attuale, sono punite solo le molestie sessuali fisiche, non quelle puramente verbali (fonte: LTO del 12/02/2024).

ULTIME DALL'ITALIA

Psicotest per giudici

Il Minnesota Multiphasic Personality Inventory (MMPI) è uno dei test di personalità più utilizzati al mondo in psicologia clinica e psichiatria. Viene utilizzato come ausilio nell'indagine della struttura della personalità, in particolare nel caso di disturbi mentali (Wikipedia).

Secondo il governo italiano, che cita il test di Minnesota come modello, a partire dal 2026 sarà effettuato un test corrispondente su tutti gli aspiranti giudici. La forma e il contenuto del test saranno stabi-

liti dal Consiglio superiore della magistratura in collaborazione con professori universitari di psicologia. Chi non supera il test psicologico può ripeterlo per quattro volte; se non lo supera, non può diventare giudice.

Il presidente dell'Associazione nazionale magistrati, Giuseppe Santalucia, ha già criticato il piano definendolo propagandistico: "Se poi si vuole controllare altro che non sia la patologia psicologica, ma il modo di essere, l'espressione di una personalità che non piace, questo è arbitrio", (Fonte: Repubblica del 3-04-2024)

DIRITTO DELLE SUCCESSIONI

Il mio tesoruccio prende tutto

Il proprietario di un pub della Frisia orientale voleva fare testamento. Prese il suo blocchetto su cui scriveva le ordinazioni dei clienti, strappò un foglio e ci scrisse sopra "Il mio testamento: Schatzi (=tesoruccio) prende tutto", lo firmò e lo mise nel cassetto.

Dopo la sua morte, il Tesoruccio lo tirò fuori dal cassetto e richiese un certificato di eredità. Poiché era facilmente identificabile come persona, il testamento era scritto in forma molto breve ma firmato per intero a mano, fu riconosciuta come unica erede (Corte d'Appello di Oldenburg, ordinanza del 20.12.2023, rif. 3 W 96/23).

I requisiti formali per un testamento scritto a mano sono più o meno gli stessi in Germania e in Italia. Tuttavia, poiché gli italiani sono generalmente più attenti alla forma rispetto ai tedeschi, è quantomeno discutibile che un tribunale italiano si sarebbe pronunciato allo stesso modo.

ULTIME DA DOLCE · LAUDA

Canale YouTube per un confronto giuridico sul campo

In collaborazione con DIR e.V., gli studenti di diritto italo-tedeschi che studiano a Firenze e Colonia, abbiamo avviato un progetto:

Sulla base delle discussioni tra professionisti esperti e giovani studenti motivati, verranno prodotti filmati utilizzando i luoghi storici e pubblicati su YouTube. Il primo filmato, realizzato a Francoforte sul Meno, mette a confronto i primi articoli delle due Costituzioni e ripercorre i luoghi interessati (www.youtube.com/channel/UC8XSGyVtJeYsM6bEi8NpkJA > QR-Code)



Interculturale

La non esistenza di Bielefeld non è dimostrata

C'è una città in Germania - Bielefeld - che, secondo una voce di Wikipedia, conterebbe 340.000 abitanti, ma è sostanzialmente sconosciuta in Italia. Anche in Germania non tutti ne hanno sentito parlare, tanto che molti sostengono che la città sia inventata e non esista. Si trova inoltre nelle immediate vicinanze della Foresta di Teutoburgo, dove le legioni romane scomparvero improvvisamente circa 2000 anni fa. Anche in questo caso, la battaglia nella Foresta di Teutoburgo è contestata come fatto storico.

Tuttavia, la città di Bielefeld - ammesso che esista - non sembra avere molte attrazioni, visto che il suo ufficio marketing ha usato la sua presunta inesistenza come pietra angolare della sua pubblicità della città nel 2019. L'ufficio marketing aveva offerto un premio in denaro di 1.000.000 di Euro: chi avesse dimostrato che Bielefeld non esiste davvero avrebbe vinto il milione.

Nell'agosto del 2019, un uomo ha preteso il premio in denaro e poi ha fatto causa alla città, che non era disposta a pagare; ha giustificato l'inesistenza con un cosiddetto assioma, un'affermazione fondamentale teoricamente astratta, che è valida senza prove.

Il Tribunale di Bielefeld ha respinto il ricorso (sentenza del 26 settembre 2023, causa n. 1 O 181/22). Dalla pubblicazione di tutti i testi di marketing della città relativi al concorso e anche dalle condizioni di partecipazione era chiaro che si trattava di uno scherzo. Dalle motivazioni: "Secondo l'orizzonte oggettivo del destinatario, il successo richiesto sarebbe stato solo la prova empirica, ovviamente impossibile, dell'inesistenza di Bielefeld. La prova assiomatica all'interno di un sistema assiomatico non era inclusa".



Panorama di Canicattì

Non si sa se la decisione sia definitiva, cioè se sia stato presentato appello. Finora la controversia legale è costata al filosofo circa 8.500 Euro di spese processuali e legali.

Chiediamo ai nostri lettori di farci sapere se esiste una corrispondente città inesistente in Italia. Nella lingua parlata, ad esempio, si può fare un confronto tra Canicattì in Sicilia e Buxtehude in Bassa Sassonia. Il linguaggio popolare si riferisce a entrambe come a città che si trovano da qualche parte, ma comunque lontane.

NEUES AUS EUROPA

Lieferkettenrichtlinie

Nachdem sich in Deutschland Unternehmen auf das geänderte Lieferkettengesetz (der Mandantenbrief berichtete) einstellen, hat das Europäische Parlament im April 2024 eine neue Richtlinie zu den Sorgfaltspflichten innerhalb der Lieferkette angenommen, die über das deutsche geltende Recht hinausgeht. Das EU-Parlament möchte sukzessive auch kleinere Unternehmen ab 250 Mitarbeitern in den Anwendungsbereich einbeziehen.

Frau Rechtsanwältin Marilena Bacci aus unserer Kanzlei hat einen ausführlichen Bericht in der FAZ vom 11.06.2024 erstellt, der über den Netzauftritt der FAZ zugänglich ist.

Die politische Diskussion hatte vor ca. 10 Jahren Fahrt aufgenommen, nachdem im bangladeschischen Saba eine mangelhaft errichtete Textilfabrik eingestürzt war und 1135 Arbeitern, die unter Missachtung der einfachsten Sicherheitsvorschriften arbeiteten, das Leben kostete.

Berufsgeheimnis der Rechtsanwälte bleibt intakt

Am 24.4.2024 ist die Richtlinie zur Definition von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der EU erlassen worden. Danach werden, anders als ursprünglich vorgesehen, Anwälte nicht mehr grundsätzlich verpflichtet, Verstöße zu melden, es sei denn, sie haben positive Kenntnis von der Absicht ihrer Mandanten, Sanktionen zu umgehen, oder erteilen diesen Rechtsrat zum Zwecke der Verletzung von Sanktionen. Nach dem ursprünglichen Entwurf des EU-Parlaments hätte ein Rechtsanwalt schon bei Vor-

liegen eines Verdachtsfalles den Vorfall melden müssen.

Gerichtsstandsvereinbarungen außerhalb EU

Der Europäische Gerichtshof hat am 08.02.2024 entschieden, dass Gerichtsstandsvereinbarungen unter Art 25 Abs. 1 EuGVVO fallen, wenn in selben Mitgliedstaat ansässigen Parteien eines Vertrags die Zuständigkeit der Gerichte eines anderen Mitgliedstaats für Streitigkeiten aus diesem Vertrag vereinbaren, selbst wenn der Vertrag keine weitere Verbindung zu diesem anderen Mitgliedstaat aufweist (C-566/22). Damit wird für deutsche oder italienische Unternehmer die Möglichkeit, einen ausländischen Gerichtsstand zu vereinbaren, erweitert.

Mehr Klimaschutz: EGMR verurteilt die Schweiz

Für Italiener ist die Schweiz das Sinnbild für Sauberkeit. Traditionell weist jeder Familienvater nach Grenzübergang in Chiasso die Mitfahrer auf die vollkommen veränderten Verhältnisse hin.

Leider gilt dies nicht auch für den Klimaschutz; die Eidgenossenschaft wurde als 1. Europäischer Staat überhaupt vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt, mehr für den Klimaschutz zu tun.

Die aufgrund des Klimawandels immer häufigeren und intensiveren Hitzewellen seien eine reale und ernsthafte Gefahr für die Gesundheit und das Privat- und Familienleben. Das Gericht sieht einen Zusammenhang zwischen diesen negativen Auswirkungen und den mangelnden Schweizer Klimaschutzmaßnahmen. Art. 8 EMRK umfasse auch ein

Recht, vor den schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels auf Leben, Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität geschützt zu werden.

Geklagt hatte ein Verein der „Klimaseniorinnen“, der über ca. 2500 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 73 Jahren in der Schweiz verfügt. Er argumentierte, dass ältere Menschen aufgrund der altersbedingt beeinträchtigten Thermoregulation besonders stark vom Klimawandel betroffen seien. Dieser führe unter anderem zu stärkeren Hitzewellen, wodurch ihr Leben sowie ihre physische und mentale Gesundheit gefährdet seien.

Bleibt abzuwarten, wie das Urteil durchgesetzt werden wird!

Bargeldgrenze eingeführt - Neue EU-Behörde in Frankfurt am Main

Die EU-Mitgliedsstaaten beschlossen am 30.05.2024 in Brüssel eine Grenze von 10.000 Euro für Bargeldzahlungen; für Deutschland eine Neugkeit, für Italien nicht.

Zudem müssen in Zukunft neben Banken und Spielbanken auch etwa Händler von Luxusgütern sowie Anbieter von Krypto-Vermögenswerten ab bestimmten Summen ihre Geschäftskontakte überprüfen und Verdachtsumstände melden.

Die neue Behörde, die diese Regeln überwachen wird, heißt „Anti-Money Laundering Authority“ (AMLA). Stolz können wir vermelden, dass sich unsere Heimatstadt Frankfurt am Main gegen viele Bewerber durchgesetzt hat und die neue EU-Behörde beherbergen wird.

ARBEITSRECHT

Weiterbeschäftigungsanspruch von Profisportlern und Schadensersatz

Ein deutscher Eishockeyverein kündigte einem seiner Spieler, der daraufhin vor dem Arbeitsgericht Kündigungsschutzklage erhob. Nach einer weiteren Kündigung schloss der Verein den Spieler vom Mannschaftstraining aus. Der Spieler machte daraufhin Schadensersatz geltend, da sein Marktwert als Spieler leiden würde, wenn er nicht regelmäßig trainieren würde.

Das Arbeitsgericht gab seiner Kündigungsschutzklage statt und erkannte einen Schadensersatz für die Nichtbeschäftigung (d. h. für den Ausschluss vom Mannschaftstraining) von 2 Bruttomonatsgehälter an. Interessant ist dabei der Vergleich zu Bühnenkünstlern, die nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts bis zu 6 Bruttomonatsgehälter pro Spielzeit geltend machen können, wenn sie nicht vertragsgemäß beschäftigt werden. Der Unterschied wird damit begründet, dass Profisportler anders als Bühnenkünstler keinen Anspruch haben, öffentlich aufzutreten. Die Mannschaft, die in der Halle oder im Stadion auftritt, bestimmt allein der Trainer (Bundesarbeitsgericht vom 29. 02. 2024, 8 AZR 359/22).

Zeugnis darf gefaltet werden!

Ein großer Unterschied zwischen deutschem und italienischem Arbeitsrecht stellt seit jeher das Recht

auf ein Arbeitszeugnis nach Beendigung der Tätigkeit dar. Während es in Italien nur eine untergeordnete Bedeutung hat, ist in Deutschland ein eigenes Rechtsgebiet entstanden, das nicht nur inhaltlich eine bestimmte Sprache vorgibt, sondern auch formale Vorschriften enthält. Für italienischen Arbeitgeber, die Arbeitnehmer nach deutschem Recht beschäftigen, sind die Vorschriften kaum nachvollziehbar.

Das Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern musste sich jetzt mit der Frage beschäftigen, ob ein Zeugnis zweimal gefaltet werden darf, oder ungefaltet in einen DIN A4 Umschlag versandt werden muss. Es hat hier zu Gunsten der Faltung entschieden unter der Bedingung, dass dann vom gefalteten Papier „saubere und ordentliche Kopien oder Scans“ möglich seien. Das wäre dann nicht gewährleistet, wenn sich „Faltungen auf den Kopien durch quer über den Bogen verlaufende Schwärzungen abzeichnen“ würden (LAG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 2. November 2023, 5 SA 35/23).

Rechtswahl und AGB-Recht

Für Arbeitgeber, die in der EU grenzüberschreitend Arbeitnehmer beschäftigen, ist es ganz selten eine gute Idee, in den Arbeitsverträgen das eigene Recht zu vereinbaren. Hat beispielsweise der italienische Arbeitgeber seinen in Deutschland tätigen

Arbeitnehmern das italienische Recht angeboten, genießen diese gleich einen doppelten Schutz: Den italienischen, der sich aus dem Vertrag ergibt, und den deutschen, den Schutz nach unabdingbarem deutschem Arbeitsrecht (Art. 8 Abs.1 S.1 Rom I Verordnung).

Damit kam auch Ryanair an seine Grenzen. Die irische Fluggesellschaft hatte einen in Deutschland tätigen Piloten nach irischem Recht eingestellt. Der Arbeitsvertrag war aus einer Fülle von vorformulierten Klauseln gebildet, die im rechtlichen Sinne allgemeine Geschäftsbedingung darstellten; unter den Klauseln befand sich auch eine Rückzahlungspflicht des Piloten für die Ausbildungskosten, soweit das Arbeitsverhältnis frühzeitig beendet werden würde.

Ryanair klagte auf Rückzahlung der Ausbildungskosten nach irischem Recht und fiel damit auf die Nase. „Ein Formulararbeitsvertrag ist auch bei einer anderweitigen Rechtswahl durch die Parteien einer AGB-Kontrolle (§§ 305 ff. BGB) zu unterziehen, wenn ohne die Rechtswahl deutsches Recht anzuwenden wäre“ sagte das Bundesarbeitsgericht am 23.1.2024 (9 AZR 115/23). Da die Klausel den Arbeitnehmer unangemessen benachteiligen würde, sei sie nach § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB unwirksam. Damit ist geklärt, dass auch das AGB-Recht zu dem unabdingbaren Arbeitnehmerschutzrecht gehört.

ULTIME DALL'EUROPA

Direttiva sulla catena di fornitura

Ora che le aziende tedesche si stanno adattando alla modifica della legge sulla catena di fornitura (come già riferito nella Lettera ai clienti), il Parlamento europeo ha adottato una nuova direttiva sugli obblighi di due diligence all'interno della catena di fornitura nell'aprile 2024, che va oltre l'attuale legge tedesca. Il Parlamento europeo intende includere nel campo di applicazione in futuro anche le aziende più piccole, con almeno 250 dipendenti.

L'avvocato Marilena Bacci, del nostro studio, ha scritto una dettagliata relazione sul quotidiano FAZ dell'11 giugno 2024, disponibile sul sito web del giornale.

Il dibattito politico ha preso slancio circa 10 anni fa, dopo il crollo di una fabbrica tessile mal costruita a Savar, in Bangladesh, che è costato la vita a 1135 operai che lavoravano senza rispettare le più elementari norme di sicurezza.

Salvo il segreto professionale

Il 23.1.2024, la commissione competente del Parlamento europeo ha adottato la proposta di direttiva che stabilisce reati uniformi e sanzioni minime per l'eclusione delle sanzioni. A differenza di quanto previsto inizialmente, gli avvocati non saranno più obbligati a denunciare fatti sospetti, a meno che non siano a conoscenza dell'intenzione dei loro clienti di aggirare le sanzioni o di fornire consulenza legale ai loro clienti allo scopo di violare le sanzioni. Secondo la bozza originaria del Parlamento UE, un avvocato avrebbe dovuto segnalare una tale situazione anche in caso di sospetto.

Accordi di giurisdizione al di fuori dell'UE

L'8 febbraio 2024, la Corte di giustizia europea ha stabilito che gli accordi di scelta del foro ricadono nell'ambito dell'articolo 25 (1) del Regolamento Bruxelles I se le parti di un contratto domiciliato nello stesso Stato membro concordano che i tribunali di un altro Stato membro siano competenti per le controversie derivanti da tale contratto, anche se il contratto non ha ulteriori collegamenti con l'altro Stato membro (C-566/22). Ciò estende la possibilità per gli imprenditori tedeschi o italiani di concordare un foro competente estero.

Più protezione del clima: la Corte europea dei diritti dell'uomo condanna la Svizzera

Per gli italiani la Svizzera è simbolo di pulizia. Tradizionalmente, dopo aver attraversato il confine a Chiasso, ogni padre di famiglia fa notare ai suoi compagni di viaggio le condizioni completamente diverse.

Purtroppo, questo non vale anche per la protezione del clima; la Confederazione svizzera è stata il primo Stato europeo ad essere condannato dalla Corte europea dei diritti dell'uomo a fare di più per la protezione del clima.

Le ondate di calore sempre più frequenti e intense causate dai cambiamenti climatici rappresentano una minaccia reale e grave per la salute e la vita privata e familiare. La Corte vede un collegamento tra questi effetti negativi e la mancanza di misure svizzere di protezione del clima. L'articolo 8 della CEDU include anche il diritto di essere protetti dai gravi effetti negativi del cambiamento climatico sulla vita, la salute, il benessere e la qualità della vita.

La causa è stata intentata da un'associazione di "anziane del clima", che vanta circa 2.500 membri con un'età media di 73 anni in Svizzera. L'associazione sostiene che le persone anziane sono particolarmente colpite dai cambiamenti climatici a causa della ridotta termoregolazione dovuta all'età. Ciò comporta, tra l'altro, ondate di calore più intense, che mettono a repentaglio la loro vita e la loro salute fisica e mentale.

Resta da vedere come verrà applicata la sentenza!

Introduzione del limite per il contante - Nuova autorità UE a Francoforte sul Meno

Il 30 maggio 2024 a Bruxelles, gli Stati membri dell'UE hanno deciso un limite di 10.000 Euro per i pagamenti in contanti; una novità per la Germania, ma non per l'Italia.

Oltre alle banche e ai casinò, anche i rivenditori di beni di lusso e i fornitori di criptovalute che superano determinate somme dovranno in futuro controllare i loro contatti commerciali e segnalare circostanze sospette.

La nuova autorità che controllerà queste regole si chiama "Anti-Money Laundering Authority" (AMLA). Siamo orgogliosi di annunciare che la nostra città natale, Francoforte sul Meno, ha prevalso su molti altri candidati e sarà la sede della nuova autorità dell'UE.



DIRITTO DEL LAVORO

Diritto degli atleti professionisti alla occupazione effettiva di lavoro e al risarcimento del danno

Un club tedesco di hockey su ghiaccio licenziava uno dei suoi giocatori, che poi proponeva ricorso contro il licenziamento davanti al Tribunale del lavoro. A seguito di un ulteriore licenziamento, la società escludeva il giocatore dagli allenamenti della squadra. Il giocatore quindi chiedeva un risarcimento danni, in quanto il suo valore di mercato sarebbe diminuito se non si fosse allenato regolarmente.

Il Tribunale del lavoro ha accolto il suo ricorso e ha riconosciuto un risarcimento per mancato impiego (cioè per l'esclusione dagli allenamenti della squadra) pari a 2 stipendi mensili lordi.

È interessante il paragone con gli artisti di teatro che, secondo la giurisprudenza del Tribunale federale del lavoro, possono richiedere fino a 6 stipendi mensili lordi a stagione se non vengono impiegati in base al contratto. La differenza è giustificata dal fatto che gli atleti professionisti, a differenza degli artisti di teatro, non hanno un diritto di esibirsi in pubblico. La squadra che si esibisce in palestra o allo stadio è determinata esclusivamente dall'allenatore (Tribunale federale del lavoro del 29 febbraio 2024, 8 AZR 359/22).

Le referenze possono essere piegate!

Una delle principali differenze tra il diritto del lavoro

tedesco e quello italiano è sempre stato il diritto alla lettera di referenze dopo la cessazione del rapporto di lavoro. Mentre in Italia ha solo un'importanza secondaria, in Germania è nata un'area di diritto separata, che non solo prevede un linguaggio specifico in termini di contenuto, ma contiene anche regolamenti formali. Per i datori di lavoro italiani che assumono personale in base al diritto tedesco, le norme sono difficilmente comprensibili.

La Corte d'appello del lavoro del Meclemburgo ha dovuto affrontare la questione se un certificato possa essere piegato due volte o debba essere inviato non piegato in una busta DIN A4. La Corte si è pronunciata a favore della piegatura, a condizione che siano possibili "copie o scansioni pulite e ordinate" della carta piegata. Ciò non sarebbe garantito se "le pieghe sulle copie fossero visibili a causa dell'annerimento che attraversa il foglio" (LAG Mecklenburg-Vorpommern, sentenza del 2 novembre 2023, 5 SA 35/23).

Scelta della legge e legge sulle condizioni generali di contratto

Per i datori di lavoro che assumono persone a livello transfrontaliero nell'UE, molto raramente conviene concordare la legge applicabile ai contratti di lavoro. Se, ad esempio, il datore di lavoro italiano ha offerto ai propri dipendenti che lavorano in Germania il diritto

italiano, questi godono di una doppia tutela: quella italiana in base al contratto e quella tedesca in base al diritto del lavoro tedesco (art. 8 comma 1 frase 1 del Regolamento Roma I).

Questo ha portato dei problemi anche a Ryanair. La compagnia aerea irlandese aveva assunto un pilota che lavorava in Germania secondo il diritto irlandese. Il contratto di lavoro consisteva in un gran numero di clausole preformulate che costituivano termini e condizioni generali in senso giuridico; le clausole comprendevano anche l'obbligo per il pilota di rimborsare i costi di formazione in caso di risoluzione anticipata del rapporto di lavoro.

Ryanair ha fatto causa per ottenere il rimborso dei costi di formazione in base alla legge irlandese, ma senza successo: "Anche se le parti hanno scelto una legge diversa, un contratto di lavoro standard è soggetto a una verifica dei termini e delle condizioni generali (articoli 305 e seguenti del BGB), se il diritto tedesco fosse applicabile senza la scelta della legge", ha affermato la Corte federale del lavoro il 23 gennaio 2024 (9 AZR 115/23). Poiché la clausola sarebbe irragionevolmente svantaggiosa per il lavoratore, è invalida ai sensi dell'articolo 307, comma 1, frase 1 del BGB. Ciò chiarisce che anche la legge sulle condizioni generali di contratto fa parte delle norme inderogabili alla tutela dei lavoratori.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Grenzen der Beleidigung und übergewichtige Anwälte

Eine Frau ärgerte sich über ein gerichtliches Familienverfahren derart, dass sie auf ihrer Homepage dem gegnerischen Rechtsanwalt als „fetter Anwalt“ und „Rumpelstilzchen“ bezeichnete. Rumpelstilzchen ist eine in Deutschland populäre Märchenfigur, die alles andere als eine Sympathieträgerin ist (die italienische Fassung „Tremotino“ ist weit weniger verbreitet).

Der Anwalt ließ sich das nicht gefallen und erwirkte eine Verurteilung wegen Beleidigung, gegen die sich die Frau mit einer Verfassungsbeschwerde wehrte, sie sah ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit verletzt. In Deutschland kann, anders als in Italien, jeder, der den Rechtsweg ausgeschöpft hat und sich in einem Grundrecht beschwert fühlt, das Verfassungsgericht anrufen.



Ein dünnes Rumpelstilzchen

Das Verfassungsgericht nahm die Beschwerde aus formalen Gründen nicht an, ließ es sich aber nicht nehmen, die zum Nachteil der Beschwerdeführerin ergangenen Entscheidungen als unrichtig zu bezeichnen.

Die Gerichte hätten „aus dem Blick verloren“, dass es beim „Kampf um das Recht“ grundsätzlich erlaubt ist, „auch besonders starke und eindringliche Ausdrücke zu benutzen, um Rechtspositionen und Anliegen zu unterstreichen“. Dies sei bei der Prüfung einer Beleidigung nicht ausreichend beachtet worden.

RVG e Tariffario unverbindlich

Der EuGH hat mit Entscheidung vom 25.1.2024 (C-438/22) das Recht des nationalen Richters anerkannt, von den gesetzlichen Gebührenverordnungen für Rechtsanwälte abzuweichen. Es hat in diesem Zusammenhang – die Entscheidung betraf einen bulgarischen Fall – wiederum festgestellt, dass die

gesetzlichen Gebührenordnungen europäischen Wettbewerbsrecht widersprechen würden. Stellen wir uns also auf schwere Zeiten ein!

Kassationshof zur im Ausland erteilten Prozessvollmacht

Der Kassationshof hält die Frage für klärungsbedürftig, ob eine im Ausland erteilte Prozessvollmacht zu ihrer Wirksamkeit auch eine beglaubigte Übersetzung benötigt. Er hat diese Frage mit Beschluss vom 22.03.2024 den vereinigten Senaten des Gerichts vorgelegt (Cass. civ., sez. II, Nr. 7757). Wir werden berichten.

Anwalt ohne Examen

Der Mandantenbrief berichtete schon wiederholt über den unterschiedlichen Berufsmarkt für junge Rechtsanwälte in beiden Ländern. In Deutschland ist das mit Abstand wichtigste Kriterium die Examensnote, die die Tür zum Bewerbungsgespräch öffnet. In Italien spielt sie nur eine untergeordnete Rolle.

Dass der tiefe Glaube an der Aussagekraft einer Note auch nach Einstellung fortdauert, erkennt man an dem Fall des Nichtkollegen, der keine einzige Klausur in der Universität bestand und sich dann ein Examen mit einem guten Fotokopierer selbst gebastelt hat, natürlich mit sehr guten Noten. Er hat tatsächlich 4 Jahre lang in einer Großkanzlei durchgehalten und Gehaltserhöhungen von 95.000 Euro p.a. (Einstiegsgehalt) bis 123.000 Euro erfahren.

Eine 1. Verurteilung u.a. wegen Betruges wurde durch das Berufungsgericht aufgehoben (Bay OLG, Urte. v. 19.03.2024, Az. 205 StRR 21/24). Im Mittelpunkt des Interesses stand die Bezifferung des Schadens. Wenn der Nichtkollege 4 Jahre lang legal opinions produziert hat, dann müssten diese Produkte grundsätzlich verwertet und dem Mandanten „weiterverkauft“ worden sein. Es ist kaum anzunehmen, dass die Kanzlei ihren Mitarbeiter, für den sie möglicherweise 500 Euro pro Stunde abgerechnet hat, als Hochstapler offenlegen wird.

Der Nichtkollege wäre im Übrigen vielleicht heute noch tätig, wenn ihm nicht bei der Fälschung seiner Examensurkunde ein wirklich dummer Fehler passiert wäre. Er hat als Ausstellungsdatum Montag, den 25.5.2015 gewählt. Das war in Deutschland – wie jeder Montag nach Pfingsten – ein gesetzlicher Feiertag. So ist er aufgefliegen.

Keine Provision für Mandatsvermittlung

In Deutschland haben sich seit Jahren sogenannte „legal tech“-Modelle verbreitet. Ein mit juristischen Hintergrundwissen ausgestattetes IT-Unternehmen wählt einen typischen Massenfall (sei es die Flugzeugverspätung, sei es der Dieselskandal), bereitet hierfür zur Bearbeitung des Mandats alle Muster vor und entwickelt eine gut beworbene „landing“-Homepage, mit der Mandate akquiriert werden. Fehlt am Ende nur noch der Rechtsanwalt, der für die Ver-

mittlung des fertigen Mandats und der Übernahme sämtlicher Muster eine Gebühr zahlen soll.

Dieses System hat bislang gut funktioniert und aus Sicht der Redaktion des Mandantenbriefes klingt es nach einer WIN-WIN-WIN-Situation; der Entwickler verdient, der Rechtsanwalt, der mit standardisierten Fällen mehr verdient als mit individuellen Einarbeitungen, auch, und auch der Mandant hat Vorteile; Er trifft der dann auf einen Anwalt, der in der Sache über erhebliche Erfahrung verfügt.

Der BGH hat diesem Geschäftsmodell erst einmal den Riegel vorgeschoben (Urteil vom 18.4.2024 IX ZR 89/23). Es hat im sogenannten geblitzt.de-Fall (Mandanten waren hier geblitzte Geschwindigkeitsübertreter) ein Provisionsmodell gesehen und auf § 49 b Abs. 3 Bundesrechtsanwaltsordnung hingewiesen. Danach ist die Abgabe eines Teils von Gebühren für die Vermittlung von Aufträgen schlicht unzulässig.

Google Bewertungen für die Anwaltskanzlei

Vor einigen Jahren wies der Partner unsere Kanzlei, der wiederholt mit U.S.-Kanzleien verhandelt, uns alle darauf hin, die amerikanischen Kollegen hätten mit unserer Kanzlei aufgrund unserer schlechten Google-Bewertung ein Problem. Wir nahmen daraufhin die Existenz dieser Plattform erstmals wahr und stellten tatsächlich fest, dass wir insgesamt nur eine Bewertung mit einem Stern hatten, sodass die Gesamtbewertung auch nicht über einen Stern hinaus gehen konnte.

Es wurden sofort zwei Maßnahmen beschlossen, kurzfristig und mittelfristig. Kurzfristig bestand die Maßnahme darin, Freunde und Verwandte zu bitten, uns sehr gute Bewertungen zu erteilen. Wir konnten damit sehr kurzfristig den Schnitt auf 4,9 Sterne erhöhen. Mittelfristig haben wir uns dann mit dem Kritiker beschäftigt. Es war kein Mandant unserer Kanzlei. Es stellte sich heraus, dass er ein persönliches Problem mit einer Anwältin hatte, die bei uns tätig ist.

Es bedurfte dann eines Verfahrens über 2 Instanzen gegen Google, bevor der Kommentar entfernt wurde. Google verteidigte sich unter anderem damit, wir hätten nicht die Genehmigung erteilt, mit dem kritisierenden „Mandanten“ im Kontakt zu treten. Daher hätten sie unsere Angaben nicht überprüfen können.

In einem ähnlichen Fall liegt jetzt eine Entscheidung des OLG Oldenburg (Urteil vom 4. Juni 2024 - Az. 13 U 110/23) vor: Wer in keinerlei Kontakt zur bewerteten Kanzlei steht, dem stehe es auch nicht zu, die Kanzlei in irgendeiner Art zu bewerten; die Betonung liegt aber auf „keinerlei Kontakt“. Wenn der Betroffene, ohne Mandant geworden zu sein, die Kanzlei kontaktiert hat (in dem entschiedenen Fall ging es um eine Rechnung einer Gesellschaft, an der der Betroffene beteiligt war, über diese Rechnung hatte der Betroffene mit der bewerteten Rechtsanwältin gesprochen), dann sei das Recht auf freie Meinungsäußerung höher zu bewerten als das geschäftliche Interesse der Kanzlei.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Limiti all'ingiuria e avvocati in sovrappeso

Una signora era così infastidita da una causa avanti al Tribunale di Famiglia che ha etichettato l'avvocato di controparte come "avvocato grasso" e "Rumpelstilzchen" sul suo sito Internet. Rumpelstilzchen è un personaggio delle fiabe popolari in Germania, tutt'altro che simpatico (la versione italiana "Tremolino" è molto meno diffusa).

L'avvocato in questione non ha gradito la situazione e ha ottenuto una condanna per ingiuria, contro la quale la donna si è difesa presentando ricorso costituzionale, sostenendo che era stato violato il suo diritto fondamentale alla libertà di espressione. In Germania, a differenza dell'Italia, chiunque abbia esperito i normali rimedi giurisdizionali e ritenga che sia stato violato un proprio diritto fondamentale ha la facoltà di adire direttamente la Corte Costituzionale.

La Corte Costituzionale non ha accettato il ricorso per motivi formali, ma non si è trattenuta dal descrivere le decisioni prese a sfavore della ricorrente come errate.

A parere della Corte Costituzionale, i giudici avevano "perso di vista" il fatto che nella "lotta per la giustizia" è generalmente consentito "usare anche espressioni particolarmente forti e incisive per sottolineare posizioni giuridiche e problematiche". Questo aspetto non sarebbe stato preso sufficientemente in considerazione nell'esame dell'ingiuria.

RVG e Tariffario non vincolanti

Nella decisione del 25/01/2024 (C-438/22), la Corte di giustizia dell'Unione europea ha riconosciuto il diritto dei giudici nazionali di discostarsi dai parametri per la liquidazione dei compensi per la professione forense previsti dalla legge. In questo contesto - la decisione riguardava un caso bulgaro - la Corte ha d'altra parte stabilito che i parametri previsti dalla legge sono contrari al diritto europeo in materia di concorrenza. Prepariamoci quindi a tempi duri!

Corte di Cassazione sulla procura alle liti conferita all'estero

La Corte di Cassazione ritiene necessario chiarire la questione se una procura alle liti conferita all'estero necessiti anche di una traduzione asseverata per essere valida. La questione è stata rimessa alle Sezioni Unite della Corte con ordinanza del 22 marzo 2024 (Cass. civ., sez. II, n. 7757). Vi terremo informati.

Avvocato senza esame

La Lettera ai clienti ha segnalato più volte le differenze tra il mercato del lavoro dei giovani avvocati nei due Paesi. In Germania, il criterio di gran lunga più importante è il voto dell'esame, che apre le porte a un colloquio di lavoro. In Italia, invece, il voto dell'esame ha solo un ruolo marginale.

Il fatto che la profonda convinzione dell'importanza del voto continui anche dopo l'assunzione è testimoniato dal caso del non-collega che non ha superato nemmeno un esame all'università e poi si è inventato un esame finale con una buona fotocopiatrice, naturalmente con ottimi voti. In realtà ha resistito 4 anni in un grande studio legale e ha avuto aumenti di stipendio da 95.000 Euro all'anno (stipendio iniziale) a 123.000 Euro.

Una prima condanna, inflittagli tra l'altro per truffa, è stata annullata dalla Corte d'Appello (Bay ObLG, sentenza del 19/03/2024, R.G. n. 205 StRR 21/24). Oggetto di interesse è stata la quantificazione del danno. Se il non-collega ha prodotto legal opinions per 4 anni, allora questi prodotti devono essere stati tendenzialmente utilizzati e "rivenduti" al cliente. Non si può certo pensare che lo studio legale dichiari che il suo dipendente, per il quale potrebbe aver chiesto 500 Euro all'ora, è un imbroglione.

Per inciso, il non-collega potrebbe lavorare ancora oggi se non avesse commesso un errore davvero stupido nel falsificare il suo certificato d'esame. Ha infatti scelto lunedì 25 maggio 2015 come data di rilascio del certificato. Come ogni lunedì dopo Pentecoste, questo era un giorno festivo in Germania. È così che è stato scoperto.



Harvard Law School of 2024

Nessuna commissione per la mediazione di mandati

In Germania si stanno diffondendo da anni i cosiddetti modelli "legal tech". Un'azienda informatica dotata di conoscenze giuridiche seleziona un tipico caso di massa (per esempio il ritardo degli aerei o lo scandalo Dieseltgate), predispone tutti i documenti per la gestione del mandato e realizza un sito Internet "landing" ben pubblicizzato che viene utilizzato per l'acquisizione dei mandati. L'unica cosa che manca alla fine è l'avvocato, che deve pagare una commissione per la mediazione del mandato finito e la fornitura di tutti i documenti.

Questo sistema ha funzionato bene finora e dal punto di vista dei redattori della Lettera ai clienti sembra una situazione WIN-WIN-WIN: l'informatico

guadagna, così come l'avvocato, che guadagna di più con i casi standardizzati che con il lavoro individuale, e anche il cliente ha dei vantaggi, incontrando infatti un avvocato che ha una notevole esperienza in materia.

La Corte suprema federale tedesca ha posto fine a questo modello commerciale per il momento (sentenza del 18/04/2024, R.G. n. IX ZR 89/23). La Corte ha visto un modello di commissione nel cosiddetto caso *geblitz.de* (i clienti in questo caso erano trasgressori che avevano superato il limite di velocità) e ha rinviato al § 49 b, comma 3 della Legge federale tedesca sugli avvocati, secondo il quale il pagamento di una parte degli onorari per la mediazione di incarichi è semplicemente inammissibile.

Recensioni su Google per lo studio legale

Qualche anno fa, il socio del nostro studio legale, che conduce ripetutamente trattative con studi legali statunitensi, ha fatto notare a tutti noi che i colleghi americani avevano un problema con il nostro studio legale a causa delle nostre recensioni negative su Google. Abbiamo quindi preso atto per la prima volta dell'esistenza di questa piattaforma e ci siamo resi conto che in totale avevamo solo una recensione a una stella, il che significa che il punteggio complessivo non poteva superare una stella (cioè voto minimo).

Abbiamo subito deciso di adottare due misure, una a breve e una a medio termine. La misura a breve consisteva nel chiedere a parenti e amici di scrivere recensioni molto buone, cosa che ci ha permesso di aumentare la nostra valutazione media a 4,9 stelle nel brevissimo termine. A medio termine, ci siamo occupati del recensore. Non era un cliente del nostro studio legale. Si è scoperto che aveva un problema personale con un avvocato che lavora per noi.

È stato quindi necessario avviare un procedimento contro Google in due gradi di giudizio, prima che il commento venisse rimosso. Google si è difeso sostenendo, tra l'altro, che non avevamo dato il permesso di contattare il "cliente" che aveva mosso la critica. Pertanto, non avrebbero potuto verificare le nostre informazioni.

Un caso simile è stato ora deciso dalla Corte d'Appello di Oldenburg (sentenza del 4 giugno 2024 - R.G. n. 13 U 110/23). Coloro che non hanno alcun contatto con lo studio legale oggetto di recensione non sono autorizzati a recensire lo studio in alcun modo; tuttavia, l'accento è posto su "alcun contatto". Se l'interessato ha contattato lo studio legale senza esserne diventato cliente (il caso in questione riguardava una fattura di una società di cui l'interessato era azionista; l'interessato aveva discusso la fattura con l'avvocato recensito), il diritto alla libertà di espressione deve essere valutato più dell'interesse commerciale dello studio legale.

IMMOBILIENSEITE ①

Rücktritt vom Vorvertrag und Rückgabe der Anzahlung

Bei Immobilienverkäufen, für die ein Makler beauftragt wurde, ist es üblich, dass der Anbieter eines Kaufangebots zunächst einen Betrag (deposito cauzionale) als Sicherheit für die eingegangene Verpflichtung direkt an den Makler zahlt. In der Regel wird dieser Betrag automatisch als caparra/Haftgeld umgewandelt und dem Verkäufer übergeben, sobald das Kaufangebot angenommen wird. In anderen Fällen ist vorgesehen, dass diese Anzahlung auf den Gesamtpreis angerechnet wird, der bei Abschluss des endgültigen Vertrags zu zahlen ist.

Doch was geschieht, wenn eine der Parteien vom Vorvertrag zurücktritt? Von wem ist dann die Kautions zurückfordern?

Der Kassationsgerichtshof hat in seinem Urteil Nr. 3596 vom 8. Februar 2024 Folgendes festgestellt

„Im Falle einer Sicherheitsleistung in Höhe eines Geldbetrags, die die kaufsprechende Partei im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Kaufvortrags zugunsten der Vermittlungsagentur geleistet hat, ohne dass in irgendeiner Weise darauf geschlossen werden kann, dass die Agentur im Auftrag des Verkäufers gehandelt hat, ist die Klage auf Rückforderung der objektiv zu Unrecht gezahlten Summe, deren Rückgabe verlangt wird, gegen die Vermittlungsagentur und nicht gegen den versprechenden Verkäufer zu richten, der nicht passiv legitimiert ist.“

Es wird klargestellt, dass der hinterlegte Scheck nur dann als Haftgeld (caparra) angesehen werden kann, wenn dieses klar angegeben wird; andernfalls wird er als bloße Kautions (deposito cauzionale) betrachtet. Im Falle des Einzugs durch die Agentur ist daher letztere die Partei, an die die Rückforderung zu richten ist, und nicht der Verkäufer.

Kaufvertrag und Nutzbarkeit der erworbenen Immobilie

Der Kassationsgerichtshof hat in seinem Beschluss

Nr. 8749 vom 3. April 2024 klargestellt, dass bei nicht behebbaren Verstößen gegen die städtebaulichen Vorschriften (Unmöglichkeit der Beschaffung der Nutzbarkeit) eine qualifizierte Vertragsverletzung vorliegt, die als Konsequenz eine Auflösung des Verkaufs alium pro alio datum führen kann.

Fehlen dagegen Verwaltungsunterlagen, sind aber die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nutzbarkeit der Immobilie vorhanden und können beschafft werden, kann der Rechtsbehelf der Vertragsauflösung nicht in Anspruch genommen werden. Es ist daher erforderlich, die Wesentlichkeit der Nichterfüllung gemäß Artikel 1455 des Zivilgesetzbuches zu prüfen.

Erklärung über die Steuervergünstigung für Erstwohnungen nicht im Vorvertrag erforderlich

Bisher herrschte die Auffassung vor, dass man die notwendigen Voraussetzungen bereits im Vorvertrag erklären muss, um in den Genuss des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für den Erstwohnungskauf einer im Bau befindlichen Immobilie zu kommen.

Der Kassationsgerichtshof hat nun in seinem Beschluss 9084 vom 5. April 2024 entschieden, dass es möglich ist, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für eine Erstwohnung auch ohne eine Erklärung des Käufers im Vorvertrag in Anspruch zu nehmen, sofern die Erfüllung der Voraussetzungen im endgültigen Vertrag bei der Eigentumsübertragung angegeben wird.

Wenn zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des endgültigen Kaufvertrags die Voraussetzungen für die Vergünstigung vorliegen und der Käufer ausdrücklich erklärt, dass er sie besitzt, müssen die geleisteten Beträge wie Anzahlungen oder Kautions dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen, so der Oberste Gerichtshof.

Besteuerung in Italien von Veräußerungsgewinnen (plusvalenza) beim Kauf und Verkauf von Immobilien, die mit dem 110%-Superbonus renoviert wurden

Viele Italiener (und auch Deutsche) haben in den vergangenen Jahren in Italien ihre Häuser renoviert, indem sie die staatlichen Subventionen im Zusammenhang mit dem 110%igen Superbonus in Anspruch genommen haben.

Mit dem Haushaltsgesetz 2024 (Gesetz Nr. 213/23) wurde ab Januar dieses Jahres eine neue Steuer auf Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von mit dem 110%-Superbonus renovierten Zweitwohnungen eingeführt, um „spekulative“ Verkäufe von mit dem 110%-Superbonus renovierten Immobilien, die ausschließlich zu Gewinnzwecken getätigt werden, zu erschweren.

Zur Erinnerung: „Plusvalenza“ ist der Nettogewinn aus dem Verkauf einer Immobilie, deren Wert seit dem Zeitpunkt des Kaufs gestiegen ist. Die Differenz zwischen dem niedrigeren Kaufpreis und dem höheren Verkaufspreis ist genau genommen der Veräußerungsgewinn.

Nach der neuen Gesetzgebung muss jeder, der innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren eine Zweitwohnung bzw. Ferienwohnung in Italien verkauft (es sei denn, sie wurde geerbt), eine Abgabe von 26 % auf den durch die Transaktion erzielten Veräußerungsgewinn als sonstiges Einkommen entrichten. Auf die Veräußerungsgewinne wird nach Wahl des Steuerpflichtigen die 26%ige Ersatzsteuer oder der progressive IRPEF-Satz angewandt.

Mit dem Rundschreiben Nr. 13/E vom 13. Juni 2024 hat die Agenzia delle Entrate nun die operativen Angaben zu der neu eingeführten Form des Veräußerungsgewinns bekannt gemacht und die Anwendungsmodalitäten präzisiert.

- Die neue Besteuerung gilt demnach nicht für „Erstwohnungen“ und für Übertragungen vor dem 1. Januar 2024.
- Das Finanzamt stellt auch klar, dass die zehn Jahre ab dem Ende der Arbeiten gemessen werden.
- Veräußerungsgewinne bei Immobilien, die durch Erbschaft erworben wurden, werden ebenfalls nicht besteuert.

IMMOBILIENSEITE ②

BGH-Entscheidung über Steuerhinterziehung und Nichtigkeit des Kaufvertrags

Das Problem ist bekannt, in Deutschland wie in Italien. Sei es um Grunderwerbssteuer, Veräußerungsgewinne oder Notargebühren zu sparen, sei es um Geld zu investieren, das den Steuerbehörden nicht gemeldet wird: Es kommt immer wieder vor, dass die Parteien einer Immobilientransaktion beschließen, im Kaufvertrag einen niedrigeren Preis als vereinbart anzugeben und den Rest des fehlenden Preises bar bezahlen.

Die rechtlichen Folgen eines solchen Gebühren- und Steuersparmodells können allerdings drastisch sein: Zum einen ist der mit dem zu niedrigen Kaufpreis beurkundete Notarvertrag als Scheingeschäft

nichtig (§ 117 BGB). Zum anderen verwirklichen die Parteien mit ihrer Handlung in strafrechtlicher Hinsicht den Tatbestand der Steuerhinterziehung und des Betruges.

In einem konkreten Fall hatte der Beklagte der Klägerin Wohnungseigentum verkauft. Beurkundet war ein Kaufpreis von 120.000 EUR, tatsächlich vereinbart war ein Kaufpreis von 150.000 EUR. Den Differenzbetrag von 30.000 EUR hatte die Klägerin dem Beklagten bereits vor dem Beurkundungstermin in bar übergeben. Nachdem der Verkäufer kalte Füße bekam, erstattete er Selbstanzeige.

Nach Auffassung des BGH (Urteil v. 15.3.2024, V ZR 115/22), führt eine Schwarzgeldabrede allein nicht zur Nichtigkeit des Kaufvertrags, solange der Hauptzweck des Vertrags der rechtmäßige Erwerb

des Eigentums ist. Die Absicht zur Steuerhinterziehung soll aber nicht Hauptzweck des Vertrags sein. Im Ergebnis sei davon auszugehen, dass die Schwarzgeldabrede in diesem Fall lediglich dazu diene, den Finanzbehörden einen geringeren Kaufpreis vorzuspiegeln, um hierdurch Steuern zu hinterziehen.

Des Weiteren wurde festgestellt, dass die Formnichtigkeit des mündlich vereinbarten höheren Kaufpreises durch die Auffassung und Eintragung ins Grundbuch geheilt wurde. Die Gerichtsentscheidung betonte auch, dass die Regelungen zur Nichtigkeit bei Verstößen gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz nicht auf Immobilienkaufverträge übertragbar sind, die eine Schwarzgeldabrede beinhalten. Die Steuern sind in jedem Fall nachzuzahlen! gg

PAGINA IMMOBILIARE ①

Recesso dal preliminare e restituzione del deposito cauzionale

Nelle compravendite immobiliari in cui è stata incaricata un'agenzia di mediazione è usuale che il proponente di una offerta di acquisto debba versare inizialmente un importo (deposito cauzionale) a garanzia dell'impegno assunto direttamente all'agenzia immobiliare. Normalmente poi questo importo avrà valore di caparra confirmatoria con consegna al venditore in caso di accettazione della proposta. In altri casi viene previsto che tale versamento verrà computato nella determinazione del prezzo complessivo da corrispondere al momento della stipula dell'atto definitivo.

Ma cosa succede nel caso in cui il preliminare non vada a buon fine. A chi va richiesta la restituzione del deposito cauzionale?

La Corte di Cassazione con sentenza n. 3596 del 8 febbraio 2024 ha affermato quanto segue:

"Nel caso di deposito cauzionale di una somma di denaro, collegato alla stipulazione di un preliminare di vendita, effettuato dal promissario acquirente in favore dell'agenzia di mediazione, senza che possa in alcun modo desumersi che essa abbia agito in rappresentanza del promittente alienante, l'azione di ripetizione dell'indebito oggettivo in ordine alla somma versata, di cui si rivendichi la restituzione, deve essere proposta verso l'agenzia di mediazione e non verso il promittente alienante, privo di legittimazione passiva".

Viene chiarito che, affinché l'assegno venga considerato come caparra confirmatoria, è necessario che la sua natura venga esplicitata chiaramente; contrariamente verrà considerato mero deposito cauzionale. Nel caso di incasso da parte dell'agenzia, quindi, sarà quest'ultima il soggetto cui rivolgersi per ottenere la restituzione e non il promittente venditore.

Compravendita e agibilità dell'immobile acquistato

La Corte di Cassazione, con la recente Ordinanza del 3 aprile 2024 n. 8749 ha chiarito che a fron-

te di insanabili violazioni di disposizioni urbanistiche (impossibilità di ottenere l'agibilità), si realizza un inadempimento qualificato che può dar luogo alla risoluzione del contratto, siccome conseguente alla vendita di alium pro alio datum.

Se invece è mancante la documentazione amministrativa, ma i requisiti previsti dalla legge per l'agibilità dell'immobile sono presenti ed essa potrà essere ottenuta, non si può attivare il rimedio della risoluzione del contratto. È necessario quindi verificare l'importanza dell'inadempimento ai sensi dell'art. 1455 c.c.

Dichiarazione agevolazioni prima casa non necessaria nel preliminare di compravendita

Fino ad ora molti ritenevano che, per beneficiare dell'IVA agevolata prima casa per acquisti di immobili in costruzione, fosse necessario dichiarare i requisiti necessari già nel contratto preliminare. La Corte di Cassazione, con ordinanza 9084 del 5 aprile 2024, ha ora stabilito che si può usufruire dell'aliquota IVA agevolata per la prima casa anche senza dichiarazione da parte dell'acquirente nel preliminare, purché il possesso dei requisiti sia indicato nel contratto definitivo, quando avviene l'effetto traslativo.

Secondo la Cassazione, se al momento della firma dell'atto definitivo di acquisto sussistono i requisiti per l'agevolazione e l'acquirente dichiara esplicitamente di possederli, le somme anticipate, come acconti o caparre, devono essere sottoposte all'aliquota IVA agevolata.

Tassazione della plusvalenza nella compravendita di case ristrutturate con il superbonus 110%

Molti italiani (ma anche tedeschi) hanno ristrutturato negli anni passati la propria casa usufruendo dei contributi statali relativi al superbonus 110%.

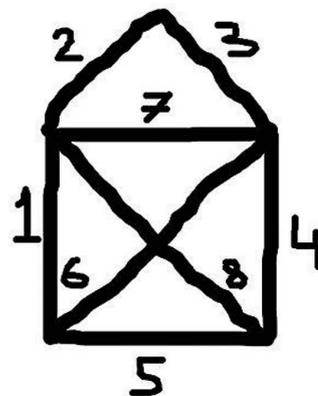
Con la Legge di Bilancio 2024 (legge n. 213/23) è stata introdotta dal gennaio di quest'anno una nuova tassa sulle plusvalenze derivanti dalla vendita di seconde case ristrutturate con il Superbonus 110%,

ciò al fine di disincentivare e colpire le compravendite "speculative" di immobili ristrutturati con il 110% a soli fini di profitto. Ricordiamo brevemente che per plusvalenza si fa riferimento all'utile o al guadagno netto derivato dalla vendita di un immobile o di un titolo, il cui valore è andato ad aumentare rispetto al momento dell'acquisto. La differenza tra il prezzo di acquisto minore e quello di vendita maggiore è per l'appunto la plusvalenza.

Secondo la nuova normativa, chi vende una seconda casa (a meno non sia stata ereditata) entro un periodo di dieci anni incorre in un prelievo del 26% sulla plusvalenza generata dall'operazione come reddito diverso. Alle plusvalenze si applica, a scelta del contribuente, l'imposta sostitutiva del 26% o le aliquote progressive Irpef.

Con la circolare n. 13/E del 13 giugno 2024, l'Agenzia delle Entrate ha ora fornito le indicazioni operative sulla nuova forma di plusvalenza introdotta chiarendo le modalità di applicazione.

- La nuova tassazione, quindi, non si applica alle "prime case" e alle cessioni anteriori al 1° gennaio 2024.
- Le Entrate chiariscono anche che i dieci anni si misureranno a partire dalla fine dei lavori.
- Non saranno tassate inoltre le plusvalenze relative agli immobili acquisiti per successione.



PAGINA IMMOBILIARE ②

Decisione del BGH sull'evasione fiscale e sulla nullità del contratto di compravendita

Il problema è conosciuto, in Germania come in Italia. Sia per risparmiare sulle imposte d'acquisto, sulla plusvalenza e sull'onorario del notaio, che per investire denaro non dichiarato al fisco, può capitare ogni tanto che le parti di una compravendita immobiliare decidano di indicare nell'atto di compravendita un prezzo inferiore a quello concordato, e di pagare in nero il resto del prezzo mancante.

Tuttavia, le conseguenze legali di un simile "modello di risparmio" di tasse e imposte possono essere drastiche: da un lato, il contratto notarile con un prezzo di acquisto troppo basso è nullo in quanto transazione fittizia (§ 117 BGB). Dall'altro, le azioni delle parti costi-

tuiscono un reato di evasione fiscale e frode ai sensi del diritto penale. Si tratta ora di stabilire se il contratto di acquisto sia nullo a causa dell'accordo di pagamento di somme pagate in nero e della relativa intenzione di evadere le tasse.

In un caso specifico, il convenuto aveva venduto all'attore un immobile abitativo. Era stato dichiarato in atto un prezzo di acquisto di 120.000 Euro, ma in realtà era stato concordato un prezzo di 150.000 Euro. L'attore aveva già consegnato al convenuto la differenza di 30.000 Euro in contanti prima della data del rogito. Dopo essersi impaurito per le possibili conseguenze, il venditore ha presentato una autodenuncia.

Secondo il BGH (sentenza del 15 marzo 2024, V ZR 115/22), un accordo per il pagamento di denaro "in nero" non comporta di per sé l'invalidità del contratto

di compravendita, purché lo scopo principale del contratto sia l'acquisizione legittima dell'immobile. Tuttavia, l'intenzione di evadere le tasse non deve essere lo scopo principale del contratto. Di conseguenza, si può ritenere che in questo caso l'accordo sul denaro in nero servisse solo a simulare alle autorità fiscali che il prezzo di acquisto fosse inferiore per evadere le tasse.

Inoltre, è stato stabilito che l'invalidità formale del prezzo di acquisto più alto concordato verbalmente è stata sanata dal trasferimento della proprietà e dall'iscrizione nel registro fondiario. La decisione della Corte ha anche sottolineato che le norme sulla nullità in caso di violazione della Legge per la lotta al lavoro clandestino non sono trasferibili ai contratti di acquisto di proprietà immobiliare che contengono un accordo per il pagamento di denaro in nero.

GESELLSCHAFTSRECHT

Übertragung von Geschäftsanteilen einer italienischen GmbH (S.r.l.): kein Formerfordernis für die Gültigkeit des Vertrages

Das Landgericht Bologna hat in seinem Urteil Nr. 1970/2023 bestätigt, dass die Übertragung eines Anteils an einer S.r.l. (GmbH) grundsätzlich keinem Formerfordernis unterliegt. Die Übertragung der Anteile kann in freier Form erfolgen, sogar die Schriftform ist nicht zwingend erforderlich. Das Formerfordernis, das in der Praxis mit solchen Geschäften verbunden ist - d.h. die notarielle Beglaubigung - ist nicht für die Gültigkeit der Übertragung der Geschäftsanteile relevant, sondern für die Eintragung der Übertragung in das Handelsregister.

In dem vom Gericht entschiedenen Fall hatten die Inhaber der Gesellschaften die Anteile anhand eines schriftlichen Vertrages verkauft. Als der vereinbarte Preis nicht gezahlt wurde, verklagten sie die Erwerber und beantragten, diese zur Zahlung zu verurteilen. Das Gericht gab der Klage der Verkäufer statt und stellte zu Recht klar, dass die Übertragung eines Anteils an einer GmbH keiner Formvorschrift unterliegt; für die Gültigkeit eines solchen Vertrags ist nicht einmal die Schriftform unbedingt erforderlich.

In der Regel liegt es jedoch im Interesse der Beteiligten, dass die Übertragung der Beteiligung gegenüber der Gesellschaft durchsetzbar ist, so dass es immer ratsam ist, die Übertragung in Form einer öffentlichen oder notariell beglaubigten privaten Urkunde vorzunehmen.

Anders ist die Rechtslage in Deutschland, wo nach § 15 Abs. 3 GmbHG die Abtretung von GmbH-Anteilen zwingend der notariellen Beurkundung bedarf.

Erforderliche Angaben beim Vorkaufsrecht von Geschäftsanteilen einer italienischen GmbH (Srl)

Mit Urteil vom 25.10.2023 hat das Gericht in Rom eine wichtige Entscheidung zum Vorkaufsrecht von Geschäftsanteilen entschieden.

Artikel 2469 Absatz 1 des italienischen Zivilgesetzbuches sieht die freie Übertragbarkeit von Anteilen an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) vor, vorbehaltlich verschiedener Bestimmungen in der Satzung. Zu den häufig in der Satzung vorgesehenen Klauseln gehört sicherlich das Vorkaufsrecht, nach dem ein Gesellschafter, der seinen Anteil veräußern möchte, verpflichtet ist, ihn den anderen Gesellschaftern anzubieten, die dann das Recht haben, ihn zu denselben Bedingungen zu erwerben, die mit Dritten vereinbart wurden.

Solche Klauseln sind nicht immer sehr erschöpfend geregelt; bei Vorliegen einer nicht detaillierten Klausel muss das Angebot alle wesentlichen Mindestbestandteile des Vertrags über den Verkauf der Anteile enthalten. Um festzustellen, ob der Veräußerer auch verpflichtet ist, den Namen des am Kauf interessierten Dritten anzugeben, muss ermittelt werden, welche Zwecke die Klausel schützt, so dass die Angabe des Namens des Dritten immer dann als notwendig erachtet wird, wenn die Vorkaufsklausel - unter Berücksichtigung der Elemente des konkreten Falles, die sich aus der Art der Gesellschaft, der bereits bestehenden Gesellschaftsstruktur, der Höhe des zu übertragenden Anteils usw. ergeben - auch dem Schutz der Interessen des Dritten dient. Die Vorkaufsklausel soll auch

das Interesse des Gesellschafters schützen, durch seine Kaufentscheidung die Möglichkeit des Eintritts einer ihm missliebigen Person in die Gesellschaft zu beeinflussen. Die Verpflichtung, die sich aus der Vorkaufsklausel bei der Übertragung von Geschäftsanteilen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ergibt, beschränkt sich nicht auf die bloße Erklärung der Absicht, seinen Anteil zu veräußern, sondern umfasst ein echtes Vertragsangebot, das als solches alle wesentlichen Elemente des abzuschließenden Vertrags enthalten muss. Es sei darauf hingewiesen, dass eine unter Verstoß gegen die Vorkaufsklausel vorgenommene Anteilübertragung gegenüber der Gesellschaft nicht wirksam ist.

In Deutschland ist es auch üblich, in den Satzungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung ein Vorkaufsrecht vorzusehen. Das Vorkaufsrecht ist im deutschen GmbH-Recht ebenfalls nicht ausdrücklich geregelt, daher sollte die Ausgestaltung einer solchen Klausel sorgfältig geregelt werden. Grundsätzlich wird vereinbart, dass der Veräußerer verpflichtet ist, den mit dem Dritterwerber abgeschlossenen Vertrag vorzulegen, wobei der vorkaufsberechtigte Gesellschafter berechtigt ist, den Vertrag anstelle des Dritterwerbers zu übernehmen.

Haftungsklage der Gesellschaft gegen den Geschäftsführer einer GmbH

Ein kürzlich ergangenes Urteil des Landgerichts Bologna über die Haftung von Geschäftsführern einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gibt Anlass zu einigen vergleichenden Erwägungen.

Das Landgericht Bologna stellte erneut klar (Urteil vom 10.11.2023), dass eine Haftungsklage gegen die Geschäftsführer einer GmbH nicht nur von den Gesellschaftern, sondern auch von der Gesellschaft erhoben werden kann. Was für einen deutschen Juristen eine Selbstverständlichkeit sein mag, erscheint für einen italienischen Juristen fremd. Im Gegensatz zu dem, was das deutsche GmbH-Gesetz ausdrücklich vorsieht (Art. 46 GmbHG), sieht nämlich das italienische Gesetzbuch die prozessuale Aktivlegitimation der Gesellschaft nicht ausdrücklich vor, die vielmehr jedem Gesellschafter zusteht (Art. 2746 Abs. 3 des italienischen Bürgerliches Gesetzbuchs (Codice civile)). Grundsätzlich kann jeder Gesellschafter, unabhängig von der Höhe seines Geschäftsanteils und ohne dass es eines vorherigen Beschlusses der Gesellschafterversammlung bedarf, eine Klage gegen die Geschäftsführer erheben, die der Gesellschaft einen Schaden zugefügt haben. Der Gesellschafter macht im eigenen Namen ein Recht der Gesellschaft geltend, was eine Form der Prozessstandschaft darstellt.

Diese gesetzliche Regelung käme den Gesellschaftern einer deutschen GmbH zugute, da Haftungsklagen häufig durch die Notwendigkeit eines Gesellschaftsbeschlusses und den Widerstand der an der Geschäftsführung beteiligten Mitgesellschafter blockiert werden. Der Widerstand der Mitgesellschafter bedeutet nicht zwangsläufig, dass kein Gesellschaftsbeschluss herbeigeführt werden kann, da geschäftsführende Gesellschafter in der Regel aufgrund von Interessenkonflikten vom Stimmrecht ausgeschlossen sind. Vielmehr verlangt die deutsche Rechtsprechung, dass der Gesellschafter einen abweisenden Beschluss

zunächst anfechten muss. Nur in Ausnahmefällen hat die Rechtsprechung diesem übermäßigen Formalismus teilweise abgeholfen, indem sie den Gesellschafter ermächtigt, im Namen der Gesellschaft unmittelbar gegen die Geschäftsführer zu klagen. In Deutschland wird diese Möglichkeit mit dem Begriff *actio pro socio* bezeichnet, richtiger wäre die Bezeichnung *actio pro societate* gewesen, da der Gesellschafter für die Gesellschaft klagt.

Die Reichweite dieser Ausnahme ist jedoch begrenzt, zuletzt hat der Bundesgerichtshof (Urteil vom 25.1.2022, RG II ZR 50/20) die Unzulässigkeit einer unmittelbaren Klage eines Minderheitsgesellschafters gegen einen Nichtgesellschaftler-Geschäftsführer bekräftigt, da die Klagebefugnis des einzelnen Gesellschafters nur bei Klagen gegen einen Geschäftsführer-Gesellschafter besteht.

Dieser Fall zeigt einmal mehr, wie scheinbar geringfügige Unterschiede in den Rechtsvorschriften die tatsächlichen Chancen zur Durchsetzung der eigenen Rechte stark beeinflussen können. Deutsche Minderheitsgesellschaftler würden in vielerlei Hinsicht das italienische GmbH-Recht vorziehen.

VERTRIEBSRECHT

Handelsvertretervertrag: Schadensersatzanspruch des Unternehmens gegen den Handelsvertreter bei unterlassenen Bemühungen um Geschäftsabschlüsse

Das Oberlandesgericht Köln hat mit Urteil vom 22.9.2023 (AZ 19 U 150/22) entschieden, dass der Handelsvertreter, soweit er sich nach Beendigung des Handelsvertretervertrages nicht hinreichend um neue Geschäftsabschlüsse bemüht, dem Unternehmen wegen Verletzung seiner Pflichten aus § 86 HGB zum Schadensersatz verpflichtet ist.

Von noch größerer Bedeutung ist unseres Erachtens die Entscheidung des Gerichts zu den anwendbaren Darlegungs- und Beweislastgrundsätzen, da die Geltendmachung eines Ausgleichsanspruchs gegen den Handelsvertreter häufig an Beweisproblemen scheitert.

Gehen die Geschäftsabschlüsse des Handelsvertreters nach Ausspruch der Kündigung erheblich zurück, so trifft den Handelsvertreter eine sekundäre Darlegungslast, warum dieser erhebliche Rückgang auf anderen Umständen als einer Einschränkung der von ihm entfalteten Tätigkeit beruht.

Im vorliegenden Fall konnte das Unternehmen einen drastischen Rückgang der Geschäftsabschlüsse in der Zeit nach der Kündigung im Vergleich zur Zeit davor feststellen, was die Vermutung zuließ, dass der Handelsvertreter seine Tätigkeit nach der Kündigung nur noch in einem Umfang ausübte, der nicht mehr den ihm obliegenden Pflichten entsprach. Der Handelsvertreter konnte im Prozess nicht darlegen, warum dieser erhebliche Rückgang auf anderen Umständen beruhte. Aus diesem Grund bejahte das Gericht eine Verletzung der dem Handelsvertreter obliegenden Bemühungspflicht und sprach dem Unternehmen einen Schadensersatzanspruch zu.

DIRITTO SOCIETARIO **Cessione di quote di S.R.L.: nessun requisito formale per la validità del contratto**

Con la sentenza n. 1970/2023 il Tribunale di Bologna ha confermato che il trasferimento della partecipazione di una S.r.l. non soggiace ad alcun onere di forma. Il trasferimento delle quote può avvenire in forma libera, non essendo necessaria la forma scritta. Il requisito di forma che nella prassi è associato a tali operazioni – ossia l'autentica notarile - non rileva ai fini della validità della cessione delle quote, ma ai fini della iscrizione della cessione nel registro imprese.

Nel caso deciso dal Tribunale i titolari delle partecipazioni di una Srl avevano venduto tali quote sulla base di un contratto scritto. In mancanza di pagamento del prezzo pattuito avevano poi citato gli acquirenti chiedendone la condanna al pagamento. Il Tribunale accoglieva la domanda dei venditori chiarendo giustamente che il trasferimento della partecipazione di una S.r.l. non soggiace ad alcun onere di forma, ai fini della validità di tale contratto nemmeno la forma scritta è strettamente necessaria.

Normalmente è nell'interesse delle parti coinvolte che la cessione delle partecipazioni sociali sia opponibile alla società, pertanto è sempre consigliabile che la cessione avvenga sotto forma di atto pubblico o di scrittura privata autenticata.

Differente è la situazione giuridica in Germania, dove la cessione delle quote di una GmbH (S.r.l. tedesca) deve avvenire necessariamente con atto notarile ai sensi dell'art. 15 comma 3 della GmbHG.

S.r.l.: azione di responsabilità contro l'amministratore di una s.r.l. da parte della società

Un recente provvedimento del Tribunale di Bologna in materia di azione di responsabilità contro gli amministratori di una S.r.l. ci fornisce lo spunto per alcune considerazioni comparatistiche.

Il Tribunale di Bologna ha chiarito ancora una volta (sentenza del 10/11/2023) che l'azione sociale di responsabilità nei confronti degli amministratori di una S.r.l. può essere esercitata, oltre che dai soci, anche dalla società. Quello che per un giurista tedesco può essere una decisione scontata, non lo è invece per il collega italiano. Infatti, contrariamente a quanto previsto espressamente dalla legge tedesca in materia di S.r.l. (art. 46 GmbHG), nessuna disposizione codicistica prevede la legittimazione attiva della società, spettando invece a ciascun socio (art. 2746 comma 3 codice civile). In sostanza ogni socio, indipendentemente dall'entità della propria quota di partecipazione e senza alcuna necessità di previa deliberazione assembleare, può promuovere l'azione sociale contro gli amministratori che abbiano cagionato un danno alla società. Il socio fa valere in nome proprio un diritto della società, configurandosi in tal modo una forma di sostituzione processuale.

Tale previsione legislativa farebbe comodo ai soci di una società a responsabilità limitata tedesca, visto che l'azione di responsabilità viene spesso bloccata dalla necessità di una delibera societaria e dall'op-

posizione degli altri soci coinvolti nell'amministrazione della società. L'opposizione degli altri soci non comporta necessariamente l'impossibilità di ottenere una delibera della società, essendo di regola i soci-amministratori esclusi dalla votazione per conflitto di interesse. La giurisprudenza tedesca pretende infatti che il socio debba prima impugnare un'eventuale delibera sfavorevole. Solo in casi eccezionali la giurisprudenza ha posto parzialmente rimedio a tale eccessivo formalismo, legittimando il socio a instaurare direttamente l'azione contro gli amministratori per conto della società. In Germania tale facoltà viene intesa con la nozione *actio pro socio*, più corretto sarebbe stato il riferimento all'*actio pro societate*, agendo il socio per la società. La portata di tale eccezione è tuttavia limitata, da ultimo la Corte Federale tedesca (sentenza del 25/1/2022, RG II ZR 50/20) ha ribadito l'illegittimità di un'azione sociale promossa direttamente da un socio di minoranza contro un amministratore non-socio, in quanto la legittimazione attiva del singolo socio sussiste solamente in caso di azioni pro societate contro amministratori soci.

Tale caso dimostra ancora una volta come differenze normative apparentemente di poco conto possono influire notevolmente sulle chances effettive di attuazione dei propri diritti. I soci tedeschi di minoranza preferirebbero per molti aspetti la normativa italiana in materia di società a responsabilità limitata.

Diritto societario: contenuto minimo della denuncia in caso di clausola di prelazione per la cessione di quote di una Srl

Con una sentenza del 25 ottobre 2023, il Tribunale di Roma ha emesso un'importante pronuncia sul diritto di prelazione nella vendita delle quote societarie.

L'art. 2469, comma 1 del codice civile sancisce la libera trasferibilità delle quote di una società a responsabilità limitata (Srl), facendo salve diverse disposizioni dell'atto costitutivo. Tra le clausole frequentemente previste negli statuti rientra certamente la clausola di prelazione, in base alla quale il socio che voglia alienare la propria quota è tenuto a offrirla agli altri soci, i quali avranno diritto di acquistarla alle medesime condizioni concordate con i terzi.

Non sempre tali clausole sono molto esaustive, in presenza di una clausola statutaria di prelazione non dettagliata è necessario che la proposta contenga tutti gli elementi essenziali minimi del contratto di cessione delle partecipazioni sociali. Onde stabilire se l'alienante abbia l'obbligo di indicare anche il nome del terzo interessato all'acquisto, si devono individuare le finalità che la clausola tutela, sì che l'indicazione del nominativo del terzo è da ritenere necessaria tutte le volte in cui la clausola di prelazione – alla stregua degli elementi del caso concreto forniti dal tipo sociale, dalla compagine societaria preesistente, dall'entità della percentuale da trasferire, ecc. – risulti posta anche a tutela dell'interesse del socio a influire, mediante la sua decisione se acquistare o no, sulla possibilità di ingresso in società di un soggetto a lui non gradito. L'obbligo nascente dalla clau-

sola di prelazione in caso di trasferimento delle quote di una società a responsabilità limitata non è limitato alla mera enunciazione della sola intenzione di vendere la propria quota, ma integra una vera e propria proposta contrattuale, che, come tale, deve contenere tutti gli elementi essenziali del contratto che si intende concludere. Si ricorda che l'atto di trasferimento delle quote eseguito in violazione della clausola di prelazione è inopponibile alla società.

Anche in Germania è prassi prevedere il diritto di prelazione negli statuti societari delle società a responsabilità limitata. Il diritto di prelazione non è espressamente regolato dalla legge tedesca in materia di Srl, pertanto è opportuno regolare con attenzione il meccanismo di tale clausola. Normalmente si prevede che l'alienante sia tenuto a esibire il contratto stipulato con il terzo acquirente, con facoltà del socio avente diritto alla prelazione di subentro in tale contratto in luogo del terzo acquirente.

DISTRIBUZIONE

Contratto di agenzia: diritto al risarcimento dei danni del preponente nei confronti dell'agente di commercio per lo scarso impegno ai fini del procacciamento di affari

Con sentenza del 22 settembre 2023 (R.G. n. 19 U 150/22), la Corte di Appello di Colonia ha sancito che un agente di commercio è tenuto a risarcire i danni al preponente per violazione degli obblighi previsti dal § 86 del Codice commerciale tedesco (HGB) qualora, dopo essergli stata comunicata la disdetta del contratto, non si adopera a sufficienza per promuovere e/o concludere nuovi affari sino al termine del contratto.

La decisione della Corte sui principi applicabili in materia di onere della prova è a nostro parere ancora più importante, in quanto la richiesta di danni nei confronti dell'agente spesso fallisce a causa di ragioni probatorie, non essendo agevole dimostrare lo scarso impegno e il danno risultante. La Corte ha deciso che qualora gli affari procacciati e/o conclusi dall'agente sono diminuiti in modo significativo dopo aver ricevuto la disdetta del contratto di agenzia, all'agente incombe l'onere di motivare che tale calo significativo è dovuto a circostanze diverse rispetto allo scarso impegno e alla riduzione dell'attività da lui svolta.

Nel caso in questione, il preponente è stato in grado di dimostrare un drastico calo degli affari nel periodo successivo alla comunicazione della disdetta del contratto di agenzia rispetto a quello precedente, il che ha permesso di presumere che l'agente, una volta a conoscenza dell'imminente fine del rapporto contrattuale, abbia svolto la sua attività in misura non più consona ai suoi obblighi contrattuali. L'agente non è stato in grado di spiegare in sede giudiziale perché questo notevole calo fosse dovuto ad altre circostanze. Per tale motivo, la Corte ha confermato la violazione del dovere di diligenza in capo all'agente, riconoscendo al preponente un risarcimento danno.

GESELLSCHAFTSRECHT

GmbH: Durchsetzung der Ersatzansprüche gegen den Geschäftsführer einer masselosen GmbH

Der BGH hat sich am 17.10.2023 (AZ II ZR 72/22) mit einem interessanten Fall beschäftigt. Eine GmbH in Liquidation, deren Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen worden war, hatte gegen deren ehemaligen Geschäftsführer nach § 64 GmbHG auf Ersatz der von ihm veranlassten Zahlungen a.F. geklagt, da die Gesellschaft zu den jeweiligen Zahlungszeitpunkten bereits zahlungsunfähig gewesen sei. Die GmbH hatte die Klageforderungen einem finanzierenden Gesellschafter sicherungshalber abgetreten, agierte dennoch im eigenen Namen aufgrund ausdrücklicher Ermächtigung des Gesellschafters.

Nachdem der Klage erstinstanzlich überwiegend stattgegeben worden war, hatte das Berufungsgericht die Klage als unzulässig abgewiesen, da die GmbH nicht mehr Inhaberin der Forderung war und die Voraussetzungen der gewillkürten Prozessstandschaft nicht gegeben waren. Die mangelnde Aussicht auf eine Unternehmensfortführung schließe ein für die gewillkürte Prozessstandschaft erforderliches schutzwürdiges Interesse, so das Berufungsgericht. Der BGH war

anderer Auffassung und hielt die Klage für zulässig, da die Geltendmachung der Ersatzansprüche nach § 64 GmbHG ein schutzwürdiger Ausnahmetatbestand darstelle. Die Vorschrift dient auch im Fall masseloser Insolvenz dem Gläubigerinteresse, da sie der Erhöhung des Gesellschaftsvermögens bezwecke.

Der BGH nutzte auch die Gelegenheit, um klarzustellen, dass die Abtretung der Ersatzansprüche der GmbH gegen den Geschäftsführer nach § 64 GmbHG a.F. unwirksam wäre, soweit der Gesellschaft für die Abtretung keine gleichwertige Gegenleistung zufließt. Mangels Gegenleistung wäre der nach § 64 GmbHG a.F. bezweckte Gläubigerschutz vereitelt.

GmbH und abhängige Beschäftigung: Sozialversicherungspflicht trotz Einschaltung einer Kapitalgesellschaft

Das Bundessozialgericht hat in drei Revisionsverfahren entschieden (Urteil vom 20. Juli 2023, B 12 BA 1/23 R, B 12 R 15/21 R und B 12 BA 4/22 R), dass ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis nicht deshalb ausgeschlossen ist, weil ein Vertragsverhältnis mit einer Ein-Mann Kapitalgesellschaft besteht.

In dem zugrundeliegenden Sachverhalt waren natürliche Personen die alleinigen Gesellschafter und Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften (GmbH oder UG). Mit diesen Kapitalgesellschaften schlossen Auftraggeber Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. In zwei Fällen handelte es sich um Pflegedienstleistungen im stationären Bereich eines Krankenhauses, im dritten Fall um eine beratende Tätigkeit. Tatsächlich erbracht wurden die Tätigkeiten ausschließlich vom jeweiligen alleinigen Gesellschafter-Geschäftsführer. Der Deutsche Rentenversicherung Bund stellte in allen Fällen Versicherungspflicht aufgrund Beschäftigung fest.

Das Bundessozialgericht bestätigte diese Entscheidung nach einer Gesamtabwägung der tatsächlichen Umstände der Tätigkeit und bejahte das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung. Daran ändere der Umstand nichts, dass Verträge zwischen den Auftraggebern und einer Kapitalgesellschaft geschlossen wurden. Soweit der „Selbstständige“ in den Betrieb des Auftraggebers eingegliedert und letztlich ohne eigenes unternehmerisches Risiko tätig ist, handelt es sich weiterhin um einen Fall der sog. Scheinselbstständigkeit.

VERBRAUCHERRECHT

Kreditkarte lebenslang

Ein 88-jähriger Mann beantragte bei seiner Bank eine neue Kreditkarte. Die Bank lehnte ab. Er habe altersbedingt eine „ungünstige Rückzahlungsprognose“, da mit seinem Ableben bald zu rechnen sei.

Manchmal schreibt das Leben gute Drehbücher: Die Bank hatte offensichtlich nicht gewusst, dass es sich bei dem Mann um einen pensionierten Bundesrichter handelte, dem es offensichtlich Vergnügen bereitete, nicht nur seine Kreditkarte einzuklagen, sondern auch Schadensersatz in Höhe von 3000 Euro für die erlittene Altersdiskriminierung.

Das Alter ist kein sachlicher Ablehnungsgrund; aufgrund der guten Pension des Richters sei nicht damit zu rechnen, dass er eine überschuldete Erbschaft hinterlasse (Amtsgericht Kassel, Urteil vom 7.9.2023, AZ 435 C 777/23); die 3.000,00 Euro wurden ihm zugesprochen.

Bafin haftet nicht für Wirecard-Verluste

Wirecard steht für einen der größten Finanzskandale in Deutschland der Nachkriegszeit. Den Gesellschaftern und Vorständen eines kleinen Finanzdienstleister war es gelungen, das Bild eines milliardenschweren Unternehmens zu vermitteln, dass sogar die Commerzbank aus den 20 größten Unternehmen, die den DAX bilden, zu verdrängen. Als das Luftschloss platzte, wendeten sich viele Anleger sowohl an die Bafin, der staatlichen Überwachungsbehörde für Finanzunternehmen, wie auch an die Wirtschaftsprüfer Ernst und Young, die jahrelang ohne Bedenken die Richtigkeit der Bilanzen testierten.

Nun hat der BGH entschieden, dass den Vertretern der Bafin eine Amtspflichtverletzung nicht vorgeworfen werden könne, sodass die die Anleger – darunter auch sehr viele italienische – leer ausgehen (Urteil vom 10. Januar 2024 – III ZR 57/23). Der Hauptschuldige ist im Übrigen noch auf der Flucht. Er wird in Russland vermutet.

Unzulässige Gebühren bei Fluggesellschaften

Das spanische Verbraucherministerium hat auf Initiative des spanischen Verbraucherschutzverbandes „FACUA“ die sogenannten Billigfluggesellschaften Ryanair, Volotea, Vueling und EasyJet wegen unlauterer Geschäftspraktiken zu einer Geldstrafe von mehr als 150 Millionen Euro verurteilt. Es handelt sich bislang um die höchste von den spanischen Verbraucherschutzbehörden verhängte Strafe für verbraucherfeindliche Praktiken.

Gerügt wurde die Erhebung zusätzliche Gebühren u.a. für

- die Mitnahme von Gepäck an Bord
- die Sitzplatzwahl erhoben haben, wenn der Reisende von Kindern oder Angehörigen begleitet wird, insbesondere wenn der reisende Passagier hilfsbedürftig ist
- den papierernen Ausdruck der Bordkarte (20 Euro bei Ryanair).

Es werden auch wettbewerbsrechtliche Verstöße gerügt, da durch die mangelnde Transparenz bei der Preisgestaltung ein unlauterer Vorteil im Preisranking gegenüber anderen Gesellschaften mit Komplettpreisen stehen würde.

Der Verband der spanischen Fluggesellschaften

AUA ist natürlich anderer Meinung, die Einlegung von Rechtsmitteln durch alle Fluggesellschaften gegen die nicht rechtskräftige Entscheidung gilt als sicher (Quelle: El Pais vom 31.05.2024, *Multa histórica de 150 millones a Ryanair, Volotea, Vueling y EasyJet por cobrar el equipaje de cabina*).

Interessant wäre eine Prüfung nach deutschem und italienischem Lauterkeitsrecht, wobei die Frage der Intransparenz der Preisgestaltung nicht aussichtslos wäre.

Nicht stornierbare Hotelzimmer in der Pandemie stornierbar

Ein Tourist hatte in einem Hotel einen besonders günstigen Festtarif gebucht, bei dem die Stornierung ausgeschlossen war. Das Hotel durfte dann zu dem gebuchten Zeitraum pandemiebedingt keine Gäste aufnehmen und bot dem zukünftigen Gast einen anderen Zeitraum seiner Wahl an. Dieser war damit nicht einverstanden und klagte auf Rückzahlung durch 3 Instanzen.

Der BGH gab dem Gast recht; bei einem pandemiebedingten Beherbergungsverbot liegt ein dauerndes Leistungshindernis vor und der Kläger habe durch die Buchung deutlich gemacht, das Hotelzimmer nur für den gewünschten Zeitraum nutzen zu wollen. Da dies durch das Verbot nicht mehr möglich war, sei die Erreichung des Vertragszwecks vereitelt worden. Es sei auch nicht zuzumuten, einfach abzuwarten, bis das Verbot aufgehoben werde. Wegen des „wechselhaften Infektionsgeschehens“ während der Pandemie sei schlicht nicht absehbar gewesen, wann Übernachtungen in Hotels wieder möglich sein würden.

DIRITTO SOCIETARIO **GmbH (=srl tedesca): richieste risarcitorie contro l'amministratore di una GmbH senza patrimonio**

Il 17 ottobre 2023 la Corte federale tedesca ha trattato un caso interessante (RG II ZR 72/22). Una GmbH in liquidazione, la cui domanda di apertura di una procedura fallimentare era stata respinta per mancanza di massa, aveva presentato una richiesta di risarcimento contro il suo ex amministratore ai sensi dell'art. 64 GmbHG (vecchia versione) per i pagamenti da questo eseguiti quando la società era già insolvente, aggravando così la posizione dei creditori. La società aveva ceduto in garanzia tale credito risarcitorio a uno dei soci che finanziava il processo, ma aveva agito in nome proprio essendo stata a ciò espressamente autorizzata dal socio.

Dopo che il ricorso era stato ampiamente accolto in primo grado, la Corte d'appello ha respinto il ricorso ritenendolo inammissibile, in quanto la GmbH non era più titolare del credito e non erano soddisfatti i requisiti per ritenere sussistente la legittimazione processuale volontaria. Secondo la Corte d'appello, la mancanza di prospettive di continuità aziendale escludeva l'esistenza di un interesse degno di tutela, necessaria per l'azione da parte di soggetto diver-

so dal titolare del diritto. La Corte federale tedesca era tuttavia di parere diverso e ha ritenuto l'azione ammissibile, costituendo la richiesta risarcitoria contro l'amministratore di una GmbH una fattispecie eccezionale degna di tutela. La disposizione di cui all'art. 64 GmbHG (vecchia versione) tutela anche gli interessi dei creditori di società senza massa, mirando proprio ad aumentare il patrimonio della società.

La Corte federale tedesca ha inoltre colto l'occasione per chiarire che la cessione delle pretese restitutorie della Srl nei confronti dell'amministratore è nulla se la società non riceve un corrispettivo equivalente per la cessione. In assenza di un corrispettivo, la tutela dei creditori sociali prevista dalla disposizione sopraccitata verrebbe vanificata.

Status di dipendente e GmbH: obbligo di previdenza sociale nonostante il coinvolgimento di una società a responsabilità limitata

La Corte federale sociale tedesca ha stabilito in tre procedimenti (sentenza del 20 luglio 2023, B 12 BA 1/23 R, B 12 R 15/21 R e B 12 BA 4/22 R) che un rapporto di lavoro dipendente soggetto a contributi previdenziali non è automaticamente escluso dalla

sussistenza di un rapporto contrattuale con una società di capitali unipersonale.

Nel caso in questione, le persone fisiche erano i soci unici e amministratori di società di capitali (GmbH o UG). I committenti avevano stipulato contratti con queste società per la fornitura di servizi. In due casi si trattava di servizi infermieristici nell'area di degenza di un ospedale e, nel terzo caso, di un'attività di consulenza. Le attività erano in realtà fornite esclusivamente dal rispettivo socio unico-amministratore. In tutti i casi, l'ente federale tedesco di assicurazione pensionistica (Deutsche Rentenversicherung Bund) ha accertato la sussistenza dell'obbligo di assicurazione obbligatoria sulla base di un rapporto di lavoro dipendente.

La Corte federale sociale tedesca ha confermato questa decisione dopo una valutazione complessiva delle circostanze di fatto dell'attività ed ha affermato l'esistenza di un lavoro dipendente. Il fatto che i contratti siano stati stipulati tra i committenti e una società non cambia la situazione. Se il "lavoratore autonomo" è integrato nell'attività del committente e lavora senza alcun rischio imprenditoriale proprio, si tratta ancora di un caso di cosiddetto pseudo-lavoro autonomo.

DIRITTI DEI CONSUMATORI

Carta di credito a vita

Un 88enne ha chiesto alla sua banca una nuova carta di credito. La banca ha rifiutato la richiesta, sostenendo che l'uomo aveva una "prognosi di rimborso sfavorevole" dovuta alla sua età, in quanto si prevedeva che sarebbe morto presto.

A volte la vita scrive bei copioni: la banca ovviamente non poteva sapere che l'uomo era un giudice federale in pensione, al quale evidentemente faceva piacere non solo pretendere l'emissione della sua carta di credito, ma anche chiedere un risarcimento danni di 3.000 Euro per la discriminazione dovuta all'età da lui subita.

L'età non è un motivo di fatto per il rifiuto; a giudizio del Tribunale, grazie alla buona pensione del giudice, non era ipotizzabile che quest'ultimo lasciasse un'eredità sovraindebitata (Tribunale di Kassel, sentenza del 7 settembre 2023, R.G. n. 435 C 777/23). All'uomo sono stati anche corrisposti i 3.000 Euro – oltre alla carta di credito.

Le camere d'albergo non cancellabili possono essere cancellate durante la pandemia

Un turista aveva prenotato una tariffa fissa particolarmente conveniente in un hotel in cui la cancellazione era esclusa. A causa della pandemia, l'hotel non ha potuto accettare ospiti per il periodo prenotato e ha proposto al futuro ospite un altro periodo a sua scelta. L'ospite non ha accettato e ha fatto causa per ottenere un rimborso in tre gradi di giudizio.

La Corte suprema federale tedesca si è pronunciata a favore dell'ospite; nel caso di un divieto di pernottamento legato a una pandemia, si configura un osta-

colo permanente alla prestazione e l'attore aveva messo in chiaro con la prenotazione che voleva utilizzare la camera d'albergo solo per il periodo desiderato. Poiché ciò non era più possibile a causa del divieto, l'adempimento dello scopo del contratto è stato vanificato. Era anche irragionevole aspettare semplicemente che il divieto fosse revocato. In considerazione del "tasso di infezione fluttuante" durante la pandemia, non era semplicemente prevedibile quando sarebbero stati nuovamente possibili i pernottamenti in hotel.

Bafin non è responsabile delle perdite di Wirecard

Wirecard rappresenta uno dei maggiori scandali finanziari in Germania nel dopoguerra. I soci e i membri del consiglio di amministrazione di un piccolo fornitore di servizi finanziari erano riusciti a creare l'immagine di una società dal valore miliardario, che è stata addirittura in grado di estromettere Commerzbank dalla classifica delle prime 20 società che compongono il DAX. Quando tutto è finito in una bolla di sapone, molti investitori si sono rivolti alla Bafin, l'autorità di vigilanza statale per le società finanziarie, nonché ai revisori dei conti Ernst & Young, che per anni avevano certificato l'accuratezza dei bilanci senza alcuna riserva.

La Corte suprema federale tedesca ha ora stabilito che i rappresentanti della Bafin non possono essere accusati di violazione dei doveri d'ufficio, il che significa che gli investitori - compresi molti investitori italiani - se ne andranno a mani vuote (sentenza del 10 gennaio 2024 – R.G. n. III ZR 57/23). Il principale colpevole è, del resto, ancora in fuga. Si ritiene che si trovi in Russia.

Tariffe non autorizzate applicate dalle compagnie aeree

Su iniziativa dell'associazione spagnola per la tutela dei consumatori "FACUA", il Ministero del Consumo spagnolo ha multato le cosiddette compagnie aeree low-cost Ryanair, Volotea, Vueling e EasyJet per oltre 150 milioni di Euro per pratiche commerciali sleali. Ad oggi, questa è la multa più alta imposta dalle autorità spagnole per la tutela dei consumatori per pratiche anti-consumo.

È stata criticata l'imposizione di costi aggiuntivi, tra l'altro per

- il trasporto dei bagagli a bordo;
- la scelta del posto a sedere se il passeggero è accompagnato da bambini o parenti, soprattutto se il passeggero in viaggio ha bisogno di assistenza;
- la stampa cartacea della carta d'imbarco (20 Euro con Ryanair).

Vengono inoltre criticate le violazioni della legge sulla concorrenza, posto che la mancanza di trasparenza nei prezzi comporterebbe un vantaggio sleale rispetto ad altre compagnie che riportano prezzi tutto compreso.

L'associazione delle compagnie aeree spagnole AUA è ovviamente di parere diverso e quasi sicuramente tutte le compagnie aeree impugneranno la decisione non definitiva (fonte: El País del 31/05/2024, Multa histórica de 150 millones a Ryanair, Volotea, Vueling y EasyJet por cobrar el equipaje de cabina).

Sarebbe interessante un esame alla luce delle leggi tedesche e italiane sulla concorrenza sleale, in quanto la questione della non trasparenza dei prezzi non sarebbe da escludere.

ZIVILPROZESS

Italien: Erforderlichkeit einer weiteren Mediation bei Widerklage

Wenn eine Widerklage bei Gericht eingereicht wird, die unter die obligatorische Mediation gemäß Artikel 5 des Decreto legislativo 28/2010 fällt, und noch keine Mediation stattgefunden hat, ist es nicht notwendig, einen neuen Antrag auf Mediation zu stellen, um die Bedingung der Verfahrensfähigkeit in diesem Fall zu erfüllen.

Die Verpflichtung zur Einleitung der Mediation betrifft nämlich nur die Handlung, mit der das Hauptverfahren eingeleitet wird, nicht aber die Widerklagen.

Dies wurde von den Vereinigten Kammern des Obersten Gerichtshofs in ihrem jüngsten Urteil Nr. 3452 vom 7. Februar 2024 entschieden.

Während der ersten Mediation stünde es den Parteien frei, über eventuelle Gegenforderungen zu diskutieren und zu entscheiden, die sich im anschließenden Rechtsstreit ergeben könnten.

Der Fall, aus dem der Oberste Gerichtshof diesen Rechtsgrundsatz ableitete, geht auf eine Frage zurück, die das Gericht von Rom in einem Mietstreit zur Feststellung der Beendigung eines Mietvertrags stellte (eine Angelegenheit, die der obligatorischen Mediation unterliegt). Im Laufe des Verfahrens wurde vom Mieter eine Gegenforderung erhoben, mit der er die Rückgabe der geleisteten Kautions verlangte, eine Forderung, über die kein Mediationsverfahren stattgefunden hatte, die aber selbst zu den „obligatorischen“ Angelegenheiten gemäß Art. 5 Abs. 1 des Decreto legislativo 28/2010 gehört.

Italien: Rechtskraft eines nicht widersprochenen Zahlungsbefehls (decreto ingiuntivo)

In einem deutsch-italienischen Rechtsstreit hat der Kassationsgerichtshof in seinem Beschluss Nr. 8937/2024 bestätigt, dass ein unwidersprochener Zahlungsbefehl (decreto ingiuntivo) nicht nur für den geltend gemachten Anspruch, sondern auch für den zugrunde liegenden Rechtsgrund in Rechtskraft erwächst.

In dem zugrundeliegenden Fall hatte ein deutsches Unternehmen Schadensersatz für die Lieferung von mangelhaftem Fleisch durch ein italienisches Unternehmen gefordert. Das italienische Unternehmen hatte zuvor einen Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls zur Durchsetzung der Zahlungsansprüche aus der gelieferten Ware gestellt und dem vom Gericht erlassenen Zahlungsbefehl wurde nicht widersprochen.

In erster Instanz hatte das Gericht von Reggio Emilia das italienische Unternehmen zur Zahlung von Schadensersatz verurteilt, eine Entscheidung, die vom Berufungsgericht von Bologna bestätigt wurde, das nicht der Ansicht war, dass sich die sich aus dem unwidersprochenen Zahlungsbefehl ergebende Rechtskraft auf die Schadensersatzansprüche des deutschen Unternehmens erstrecke.

Der Kassationsgerichtshof, der mit der Angelegenheit befasst wurde, gab der Revision mit der Begründung statt, dass die Rechtskraft des nicht widersprochenen Zahlungsbefehls einer weiteren Prüfung der nicht abgeleiteten, aber logisch unterstellten Fragen entgegensteht. Nach Ansicht des Kassationsgerichtshofs schließt die Rechtskraft des nicht

widersprochenen Zahlungsbefehls, mit der das deutsche Unternehmen zur Zahlung des Warenpreises verurteilt wurde, eine erneute Prüfung aller möglichen Fragen (einschließlich der Einrede der Nichterfüllung aufgrund von Mängeln der verkauften Waren) aus, die zwar nicht erhoben wurden, aber wesentliche und notwendige logische Vorfragen der rechtskräftig gewordenen Entscheidung darstellen. Der unwidersprochene Zahlungsbefehl hat daher implizit die vertragskonforme Leistung des Verkäufers und das Fehlen von Mängeln an der Ware festgestellt.

Diese Entscheidung wird deutsche Juristen überraschen, da die materielle Rechtskraft nach der deutschen ZPO den erhobenen Anspruch umfasst, jedoch nicht die zugrunde liegenden Rechtsgründe und etwaige Vorfragen (außer es wird im Wege einer Zwischenfeststellungsklage geklärt).

Deutschland: Geschäftsführer als Zeuge

Ist ein bestimmter Umstand zwischen den Parteien in einem Prozess streitig, kann in manchen Fällen nur der Geschäftsführer der Partei selbst die streitige Tatsache bezeugen. Grundsätzlich ist der Geschäftsführer als Organ der Gesellschaft nicht Zeuge, sondern Partei. Es ist aber nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes nicht sittenwidrig, den Geschäftsführer auch nur für den Zeitraum der Gerichtsverhandlung abzuverrufen (oder sich mit ihm einvernehmlich auf eine zeitlich beschränkte Aufhebung zu einigen, BGH NJW- RR 2003, 1212), damit er für seine Gesellschaft aussagen kann. Der BGH hält einen Rechtsanwalt sogar für verpflichtet, eine GmbH darüber zu unterrichten, dass sie dieses Beweismittel durch Abberufung erlangen kann (zitiert nach Leuring/Rubner in NJW-Spezial 2004, S. 143 f.).

Kein Anspruch auf Videoverhandlung

Der Mandantenbrief berichtete über einen Gesetzesentwurf, nach dem in Zukunft Videoverhandlungen ohne weiteres von den Parteien beantragt werden konnten und von den Gerichten – es sei denn, es lägen besondere Umstände vor – durchgeführt werden mussten. Leider ist es nicht so gekommen. Das Gericht wird in Zukunft nicht verpflichtet werden, den Antrag auf Videoverhandlung zuzulassen. Wenn der Richter der Auffassung ist, dass sich der Fall nicht dazu eignet und ausreichende Kapazität nicht zur Verfügung stehen würden, muss persönlich verhandelt werden (Quelle: NJW aktuell 27/2024, S.17, Kompromiss zu Videoverhandlungen).

Dolce Lauda in Rom: Italienischer Oberster Gerichtshof stärkt Verbraucherschutz

Die vereinigten Senate des italienischen Kassationsgerichtshofs (Urteil vom 03.06.2024 Nr. 15364) haben den Schutz des in einem anderen EU-Staat ansässigen Verbrauchers gestärkt, der die Zuständigkeit des italienischen Gerichts für Beziehungen zu Gewerbetreibenden rügt. Die obersten Richter stellen klar, dass das Gericht, die Unzuständigkeitseinrede nicht zurückweisen darf, nur weil der Verbraucher nicht vorgetragen habe, „dass die Tätigkeit des Gewerbetreibenden mit allen Mitteln auf den Wohnsitzstaat des Verbrauchers ausgerichtet war“,

d.h., die Voraussetzung, die sich aus Art.17 Abs. 1(c) der EU-Verordnung Nr. 1215/2021 ergibt.

Im vorliegenden Fall hatte eine Rechtsanwaltskanzlei, die in Italien einen Verbraucher mit Wohnsitz in Deutschland in einer Ski-Unfall-Erschädigungssache vertreten hatte, nachdem sie im Laufe des Verfahrens auf das Mandat verzichtet hatte, ungeachtet der umgehend vorgebrachten Einrede der fehlenden internationalen Zuständigkeit und der vom Verbraucher vorgetragenen und jedenfalls in den Akten befindlichen Tatsachen, aus denen sich ableiten ließ, dass die Tätigkeit der Kanzlei (auch) auf Deutschland gerichtet war, die Verurteilung des italienischen Gerichts zur Zahlung ihrer Honorare beantragt und erhalten. Das Berufungsgericht hatte die Verurteilung mit der Begründung bestätigt, dass das in der Berufung vorgebrachte Argument der Verteidigung unzulässig und verspätet sei.

Der Kassationsgerichtshof akzeptierte unser Argument zur Verteidigung des Verbrauchers und schloss sich der Auffassung der Staatsanwaltschaft an; es wies darauf hin, dass der Richter, wenn die Zuständigkeit rechtzeitig gerügt werde, seine internationale Zuständigkeit auf der Grundlage der objektiv in den Akten vorhandenen Beweisen, einschließlich der zulassungspflichtigen Beweisangebote prüfen muss, um die die Zuständigkeit begründenden Elemente zugunsten der Gerichtsbarkeit des Wohnsitzes des Verbrauchers sicherzustellen.

Rechtliche Voraussetzung für die Annahme der Einrede ist, dass die Tätigkeit des italienischen Gewerbetreibenden, mit welchen Mitteln auch immer, auf den Mitgliedstaat des Wohnsitzes des Verbrauchers oder auf mehrere Staaten, einschließlich dieses Mitgliedstaats, ausgerichtet war. Entscheidend sind die Elemente, aus denen die Absicht des Gewerbetreibenden hervorgeht, Beziehungen zu Verbrauchern mit Wohnsitz in anderen Mitgliedstaaten aufzunehmen, was sich auch aus dem Briefkopf des Gewerbetreibenden ergeben kann (z. B. internationale Telefonvorwahlen usw.).

Das Gericht ging in sorgfältiger Anwendung der Gemeinschaftsrechtsprechung (Urteile vom 07.12.2010 in den verbundenen Rechtssachen C 585/08 und C 144/09; vom 09.03.2023 in der Rechtssache C -177/2002) über seine bisherige Rechtsprechung hinaus und stellte fest, dass sich aus den Akten und insbesondere aus einem in den Akten befindlichen Schreiben der Anwaltskanzlei hinreichende Anhaltspunkte für den Nachweis der Auslandsausrichtung - in diesem Fall nach Deutschland - der Tätigkeit der Anwaltskanzlei ergeben, und hob das Berufungsurteil ohne Zurückverweisung auf. AC

Zweisprachiges Personal
Arbeitnehmerüberlassung

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

DIRITTO PROCESSUALE

Italia: necessità di una nuova mediazione in caso di domanda riconvenzionale

Se viene depositata presso il giudice una domanda riconvenzionale che sarebbe soggetta a mediazione obbligatoria ai sensi dell'articolo 5 del D.Lgs. 28/2010 e non si è ancora svolta la mediazione, non è necessario depositare una nuova domanda di mediazione per soddisfare la condizione di procedibilità. L'obbligo di avviare la mediazione si applica solo all'atto introduttivo del giudizio principale e non alle domande riconvenzionali (S.U. d. Corte di Cassazione n. 3452 del 7 febbraio 2024). Durante la prima mediazione, le parti sarebbero infatti libere di discutere e decidere su eventuali domande riconvenzionali che potrebbero sorgere nel successivo contenzioso.

Il caso da cui la Suprema Corte ha tratto questo principio giuridico deriva da una questione sollevata dal Tribunale di Roma in una controversia di locazione per determinare la risoluzione di un contratto di locazione (materia soggetta a mediazione obbligatoria). Nel corso del giudizio è stata sollevata una domanda riconvenzionale da parte del conduttore che chiedeva la restituzione del deposito cauzionale versato, domanda sulla quale non si era svolto alcun procedimento di mediazione, ma che rientra essa stessa tra le materie "obbligatorie" ai sensi dell'articolo 5, comma 1, del decreto legislativo 28/2010.

Diritto processuale italiano: efficacia del giudicato di un decreto ingiuntivo non opposto

Decidendo in merito ad una controversia giuridica italo-tedesca, la Corte di Cassazione – con ordinanza n. 8937/2024 - ha confermato che un decreto ingiuntivo non opposto acquisisce efficacia di giudicato non solo per il credito azionato ma anche per il titolo a fondamento dello stesso.

Nel caso in questione un'impresa tedesca aveva citato una società italiana richiedendo il risarcimento del danno per una fornitura di carne avariata da parte di una società italiana. La società italiana aveva in precedenza già richiesto ed ottenuto un decreto ingiuntivo non opposto per il pagamento della merce fornita.

In primo grado il Tribunale di Reggio Emilia aveva condannato la società italiana al risarcimento dei danni, decisione confermata dalla Corte d'Appello di Bologna, non ritenendo che il giudicato derivante dal decreto ingiuntivo non opposto si estendesse alle richieste risarcitorie dell'impresa tedesca.

La Cassazione, investita della questione, accoglieva il ricorso, stabilendo che il giudicato del decreto ingiuntivo non opposto preclude ulteriori esami delle questioni non dedotte ma logicamente implicite. Secondo la Cassazione il giudicato che si è formato per effetto della mancata opposizione del decreto ingiuntivo che ha condannato l'impresa tedesca al pagamento del prezzo della merce preclude un nuovo esame di tutte le possibili questioni (tra cui l'eccezione di inadempimento per vizi della cosa venduta) che, sebbene non

eccepite, costituiscono precedenti logici, essenziali e necessari, della pronuncia divenuta definitiva. In conclusione, il decreto ingiuntivo non opposto ha pertanto implicitamente accertato l'esatto adempimento del venditore e l'assenza di vizi della cosa.

Tale decisione sorprenderà i giuristi tedeschi, essendo l'efficacia del giudicato ai sensi del codice di procedura civile tedesco limitata al deciso e non al deducibile.

Germania: Amministratore delegato come testimone

Se un determinato fatto è contestato tra le parti in una causa, in alcuni casi solo l'amministratore delegato della parte può testimoniare sul fatto contestato. In linea di principio, l'amministratore delegato, in quanto organo della società, non è un testimone ma una parte. Tuttavia, secondo la giurisprudenza della Corte federale di giustizia, non è illegittimo revocare l'amministratore delegato anche per il periodo dell'udienza (o concordare con lui una cancellazione limitata nel tempo, BGH NJW- RR 2003, 1212) in modo che possa testimoniare a nome della sua azienda. La Corte Federale ritiene addirittura che un avvocato sia obbligato a informare una GmbH che può ottenere questa prova attraverso la revoca temporanea (citato da Leuring/Rubner in NJW-Spezial 2004, p. 143 s.).



Nessun diritto alle udienze video

La lettera ai clienti riportava una bozza di legge secondo la quale in futuro in Germania le udienze video avrebbero potuto essere richieste dalle parti senza ulteriori indugi e avrebbero dovuto essere concesse dai tribunali, a meno che non vi fossero circostanze particolari. Purtroppo non sarà così. In futuro, il tribunale non sarà obbligato ad accogliere la richiesta di udienze video. Se il giudice ritiene che il caso non sia adatto e che non sia disponibile una copertura tecnica sufficiente, il caso dovrà essere discusso di persona (fonte: NJW aktuell 27/2024, p.17, compromesso sulle udienze video).

Dolce Lauda a Roma: Cassazione italiana rafforza la tutela del consumatore

La Corte di Cassazione a sezioni unite (sentenza 03.06.2024 n. 15364) ha rafforzato la tutela del con-

sumatore con domicilio in un altro Stato UE che eccpisca l'incompetenza del giudice italiano a decidere su questioni relative al rapporto con il professionista, chiarendo che il giudice non possa limitarsi a ritenere non fondata l'eccezione di incompetenza solo perché il consumatore non abbia dedotto "che l'attività del professionista fosse diretta con ogni mezzo verso lo Stato di residenza del consumatore", cioè il presupposto risultante dall'art.17 comma 1 lett. c) del Regolamento UE n. 1215/2021.

Nel caso di specie uno studio legale che aveva svolto attività di rappresentanza in giudizio in Italia per una consumatrice domiciliata in Germania in una causa di risarcimento a seguito di incidente sciistico, dopo aver rinunciato al mandato in corso di causa, aveva richiesto e ottenuto dal tribunale italiano la condanna di quest'ultima al pagamento del proprio compenso professionale, nonostante l'eccezione di carenza di giurisdizione internazionale tempestivamente proposta e fatti esposti dalla consumatrice e comunque presenti agli atti di causa, da cui poteva desumersi che l'attività dello Studio legale fosse diretta (anche) verso la Germania. La corte d'appello aveva confermato la condanna, ritenendo preclusa e tardiva la puntualizzazione della difesa svolta in appello.

Accogliendo la nostra tesi a difesa della consumatrice, e aderendo al parere del Procuratore della Repubblica, la Corte di Cassazione ha viceversa indicato che il giudice, se il difetto di giurisdizione è stato eccepito tempestivamente, deve esaminare la propria competenza internazionale in base agli elementi di prova risultanti oggettivamente nel fascicolo, comprese le prove costituenti, che devono essere ammesse, per assicurare una verifica sulla presenza degli elementi che fondano la competenza a favore della giurisdizione del luogo di domicilio della consumatrice.

Il presupposto normativo perché l'eccezione sia accolta, è infatti che l'attività del professionista italiano sia stata diretta, con qualsiasi mezzo, verso lo Stato membro di domicilio del Consumatore o verso una pluralità di Stati che comprenda tale Stato membro. Decisivi si rivelano quegli elementi che dimostrano la volontà del professionista di stabilire rapporti con i consumatori residenti in altri Stati membri, che possono emergere anche dalla carta intestata del professionista (per es. prefissi internazionali telefonici etc.).

La Corte, con attenta applicazione della Giurisprudenza Comunitaria (Sentenze 07.12.2010 cause riunite C 585/08 e C 144/09; 09.03.2023 causa C -177/2002) ha superato la sua precedente giurisprudenza e ritenuto che dagli atti di causa, ed in particolare da una lettera dello Studio Legale depositata in atti, emergessero sufficienti indizi e prove a dimostrazione dell'indirizzamento all'estero – nella specie verso la Germania - dell'attività dello studio legale e ha cassato senza rinvio la sentenza d'appello.

AC

NEVERENDING DIESELGATE

Staatsrat bestätigt Strafe gegen VW im Dieselskandal

Über den Dieselskandal hatte der Mandantenbrief wiederholt berichtet. Neben den Schadensersatzansprüchen der Verbraucher, die vom Hersteller getäuscht wurden, haben auch Behörden Sanktionen ausgesprochen. In Deutschland zahlte VW ein Bußgeld von knapp 1.000.000.000 Euro, in Italien verhängte die nationale Wettbewerbsbehörde AGCM das höchstmögliche Bußgeld von 5.000.000 Euro.

Gegen den italienischen Bußgeldbescheid wehrte sich Volkswagen u.a. mit dem Argument, nebis in idem, d. h. es könne nicht wegen der gleichen Tat zweimal verurteilt werden, in Deutschland und in Italien. Es kam zu einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof.

Der EuGH bestätigte im Wesentlichen, dass es zu einem „nebis in idem“ auch bei verwaltungsrechtlichen Sanktionen nicht kommen dürfe und verwies den Rechtsstreit wieder an das vorliegende italienische Gericht, dem „Consiglio di Stato“, dem Staatsrat, der die letzte Instanz in der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist.

Zur Überraschung der Prozessbeobachter bestätigte der Staatsrat die Entscheidung der Wettbewerbsbehörde. Es findet in seiner Begründung sehr deutliche Worte in der Bewertung des sittenwidrigen Verhaltens von Volkswagen und hält den nebis in idem Grundsatz aufgrund der verschiedenen Märkte Italien und Deutschland hier nicht für einschlägig (EUGH vom 14.09.2023, C-27/22, Consiglio di Stato vom 22-03-2024, 02791/2024).

Il Consiglio di Stato conferma la sanzione contro VW nel Dieselgate

La Lettera ai clienti ha parlato ripetutamente del Dieselgate. Oltre alle richieste di risarcimento danni da parte dei consumatori che sono stati ingannati dal produttore, anche le autorità hanno imposto varie sanzioni. In Germania, VW ha pagato una multa di poco inferiore a 1.000.000.000 di Euro, mentre in Italia l'Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato (AGCM) ha comminato la multa più alta possibile, pari a 5.000.000 di Euro.

Volkswagen si è opposta al provvedimento italiano adducendo, tra l'altro, il ne bis in idem, sostenendo cioè che non poteva essere condannata due volte per gli stessi fatti, in Germania e in Italia. È stato quindi avviato un procedimento innanzi alla Corte di giustizia dell'Unione europea.

La Corte di giustizia dell'Unione europea ha sostanzialmente confermato che il principio del ne bis in idem si applica anche alle sanzioni amministrative e ha rinviato la controversia al Consiglio di Stato, che è l'ultima istanza italiana in materia di giurisdizione amministrativa.

Con grande sorpresa degli osservatori, il Consiglio di Stato ha confermato la decisione dell'AGCM. Nella sua motivazione, il Consiglio di Stato è stato molto chiaro nel valutare il comportamento contrario al buon costume di Volkswagen e non ha ritenuto che il principio del ne bis in idem fosse applicabile al caso di cui si tratta in virtù della diversità dei mercati in Italia e in Germania (Corte di giustizia dell'Unione europea del 14/09/2023, C-27/22, Consiglio di Stato del 22-03-2024, 02791/2024).

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com



Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dIMI@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dIMO@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Ridlerstraße 33 · D-80339 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dIba@dolce.it

Via Mantica 7 · I-33100 Udine
Tel: +39 - 0432 295134 · email: info@dolce.de